

Er scheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 2.50 Mark, monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illust. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 2.50 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 2 Mk. pr. Monat. Abgabe in der Post-Verwaltung. Preisliste für 1896 unter Nr. 7277.

# Arbeiter

# Berliner Volksblatt.

## Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 29. Januar 1896.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

### Die Geldstrafe.

Es ist in deutschen Ländern zu einer Zeit sehr häufig geübten Prozedur der Gerichtshöfe geworden, gegen Sozialdemokraten von einer Geldstrafe Abstand zu nehmen, weil angenommen wird, daß eine solche Geldstrafe den Angeklagten aus dem Grunde nicht treffen würde, weil dieselbe aus Parteikassen bezahlt werde. Es ist dies eine Annahme, die nicht nur noch des Beweises bedarf, sondern dem Geiste der Gesetzgebung widerspricht.

Vermögens- und Geldstrafen bilden bereits bei den antiken Gesetzgebungen ein hervorragendes Strafmoment, und bei dem allen germanischen Strafrechte bildeten die Geldstrafen die Regel. Ihre Anwendung im modernen Strafrecht erbringt noch hervorragenden Rechtssinn den Beweis einer „höheren Sittlichkeit und Rechtlichkeit“. Man will für geringe Vergehen und Übertretungen die moralischen Qualen und die gesellschaftliche Achtung, die mit einer Gefängnisstrafe verbunden ist, nicht verhängen und begnügt sich, den Beschuldigten durch eine kleinere oder höhere Vermögensstrafe zur Sühne zu führen. Dem Richter ist es vorbehalten, je nach der Vermögenslage des Beschuldigten die Geldstrafe bis zu einer gewissen vom Gesetz begrenzten Höhe zu normieren. Jedes auf Geldstrafe lautende Urtheil wird mit der Klausel gefaßt, daß im Unvermögensfalle eine gewisse Haft- u. Freiheitsstrafe einzutreten hat. Zur Ehre der Gesetzgebung will ich das soweit auffassen, daß der Sinn der substituirten Freiheitsstrafe nicht etwa der ist, daß es dem Wohlhabenden vergönnt sein soll, sich von dieser durch Geld loszukaufen, sondern, daß vielmehr damit die Absicht ausgesprochen wird, den Mißbrauch mit dem schwer nachweisbaren wirklichen Unvermögensfalle zu hinterstreifen. Es soll diese angeordnete Freiheitsstrafe bezwecken, den Verurtheilten zu veranlassen, die Zahlung der Geldstrafe mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln zu bewerkstelligen. Es kann gerichtlich der geforderte Beweis des gänzlichen Unvermögens angetreten werden ohne, daß der Betreffende nicht trotzdem in der Lage sein könnte, die ihm auferlegte Geldsumme dennoch zu besorgen. Sei es, daß er eine Schuld einget, sei es, daß er sich Vorschüsse für später zu leistende Arbeit verschafft, sei es, daß er durch die Hilfe von Freunden oder Angehörigen sich die zur Bezahlung der Sühne nöthigen Mittel erwirkt. Die angeordnete Freiheitsstrafe giebt dem Gesetze nur die Möglichkeit, auch dort noch etwas zu erzwingen, wo, wie es im Volkswunde heißt, sogar der Kaiser das Recht verloren hat, wo nichts ist, und die Gesellschaft hat alsdann das Bewußtsein, daß derjenige, der sich an Stelle der zu bezahlenden Geldstrafe dennoch der substituirten Freiheitsstrafe unterwirft, sich thatsächlich im „Unvermögensfalle“ befindet. Das Gesetz verlangt also nicht nur keinen Nachweis, woher die Mittel zur Bezahlung der Strafe genommen werden, es verlangt nicht nur nirgends diesen Nachweis, im Geiste desselben liegt es sogar, daß der Betroffene den Unvermögensfall so weit wie möglich hinausschiebt und sich durch die oben angeordneten Mittel in die Lage setzt, sich vor der Freiheitsstrafe zu bewahren. Man wird dies ohne weiteres zugeben müssen, zumal wenn man bedenkt, daß es ja gerade die Absicht des Gesetzgebers ist, dem Beschuldigten, ohne Ansehen der Person, ohne Rücksicht auf die pekuniären Verhältnisse die leichtere Strafungsart, falls dieselbe durch die That geboten ist, zu theil werden zu lassen. Beweis dessen liegt es ja ausdrücklich in den Machtbefugnissen des Richters, die Höhe der Geldstrafe den Vermögensverhältnissen des Einzelnen anzumessen, und das heißt soviel, diesem jede Möglichkeit einzuräumen, die Sühne, die das Gesetz verlangt, in einer der leichten That entsprechenden Weise zu ertragen. So leicht dem Richter es nun wird, im Geiste des Gesetzes

zu handeln, wenn es sich darum dreht, die Strafe nach unten zu normieren, das heißt dieselbe ärmlichen Verhältnissen gegenüber erschwinglich zu machen, so schwer wird es demselben, wenn es sich darum handelt, günstiger Umständen gegenüber den richtigen Maßstab anzulegen, ja es wird ihm in vielen Fällen zur Unmöglichkeit, ein den Beschuldigten wirklich als Strafe treffendes Maß verhängen zu können, da die zulässige Strafsumme nach oben begrenzt ist, während der unter Anklage stehende oft über ein Vermögen verfügt, die jenes Höchstmaß immer noch nicht als Strafe erscheinen lassen kann.

Dies beweist aber nur, daß es weder das Gesetz verlangt, noch daß es der Richter verlangen kann, daß die aufzuerlegenden Geldstrafe von dem Verurtheilten wirklich in dem Maße als Strafe betrachtet wird, wie sie ihm angedacht ist, noch daß Garantien darüber möglich sind oder daß Garantien über die Herkunft der zu leistenden Strafsumme verlangt werden dürfen.

Die bloße Annahme, eine Parteikasse könnte für den Beschuldigten helfend ins Zeug treten, ist ebenso wenig eine Begründung, deshalb nicht auf die vom Gesetz vorgesehene leichtere Strafe zu erkennen, als in tausend und abertausend anderen Fällen dieselben Schlüsse gezogen werden können, Schlüsse, die, wie oben angedeutet, durch das Gesetz selbst ja gar nicht verworfen werden.

Wenn heute ein eleganter Knab wegen groben Unfalls zu 300 M. Geldstrafe verurtheilt wird, die morgen der reiche Herr Onkel für den Zangenriß bezahlt, so hätte der Richter wohl annehmen müssen, daß der junge Herr, seines Zeichens Student, die Summe nicht aus Eigenem bezahlen wird.

Wenn heute ein Aufsichtsrath irgend einer Aktiengesellschaft wegen Gewerbe-Kontraction zu einer Geldstrafe verurtheilt wird, so müßte der Gerichtshof ebenfalls schließen, daß die Strafsumme auf dem Handlungskosten-Konto der Gesellschaft gebucht wird.

Derselbe Fall tritt ein, wenn der Mitinhaber einer Doppel-Firma wegen irgend einer aus dem Geschäftsbetriebe hervorgehenden Übertretung zu einer Geldstrafe verurtheilt wird, die ebenfalls aus der gemeinschaftlichen Geschäftskasse erlegt werden würde. Kein Gerichtshof wird es sich einfallen lassen, in diesem Sinne die Strafe etwa auf das Doppelte zu normieren, weil die Annahme begründet ist, daß beide Geschäftsinhaber die Strafe aus der gemeinschaftlichen Geschäftskasse bezahlen würden.

Aus all diesen Fällen, die, wie gesagt, vielfach im Justizleben vorkommen, könnte mit derselben Begründung, wie bei Angehörigen der sozialdemokratischen Partei gefolgert werden, daß der Beschuldigte mit Freiheitsstrafe zu belegen wäre, weil angenommen wird, oder weil, wie es sich aus obigen sogar ergibt, es als thatsächlich angenommen werden kann, daß der Verurtheilte von der Strafe nicht betroffen wird. Man sieht, wie weit diese Annahme führen würde, wenn sie nicht als Ausnahme, sondern als Regel gehandhabt wird. Man sieht aber auch, wie sich in diesem Falle die Ungültigkeit und die Unlogik solcher Ausgabenergeben, wenn man sie auf das allgemeine Niveau des Lebens zur Anwendung bringen wollte. Bei dieser Gelegenheit ergibt sich aber auch sofort der Widerspruch, der zwischen dem Geiste und der Anwendung des Gesetzes liegt.

Es liegt nicht nur außerhalb des Bereiches der Möglichkeit, in dieser Hinsicht eine Garantie zu fordern, sondern aus den angeführten Gründen und Beispielen auch außerhalb des Bereiches der Zuständigkeit des Gerichtshofes, eine solche Garantie zu verlangen oder die Quellen der zu zahlenden Strafsumme sich zu vergegenwärtigen. Es dürfte in Fällen eintreten, wo man vermuthen könnte, der Beschuldigte könnte die Strafsumme auf eine ungesetzliche Weise sich verschaffen, er könnte darum betteln oder gar stehlen gehen; und ebenso

wenig, wie diese Fälle vom Gerichtshof zu präjudizieren wären, ebenso wenig darf auf die bloße Annahme hin, der beschuldigte Sozialdemokrat „würde“ von der Partei unterstützt werden, mit „Recht“ auf eine seinem Vergehen oder seiner Übertretung nicht zukommenden Strafe erkannt werden.

Nun noch ein anderer Punkt! Ich habe oben den Fall angenommen, daß von einem von zwei Sozialen betriebenen Geschäfte, der eine der beiden Geschäftsinhaber durch eine im Geschäftsbetriebe erfolgte Übertretung bestraft würde. Dieser Verurtheilte will die Summe aus der gemeinschaftlichen Geschäftskasse bestreiten, wogegen sich der andere Sozialer widersetzt. Der Verurtheilte giebt sich jedoch nicht zufrieden mit dieser Weigerung seines Kompagnons und strengt deshalb Klage gegen denselben an, worin er betont, daß die Strafe ihm durch eine aus dem gemeinsam betriebenen Geschäft erfolgte Übertretung zuertheilt wurde. Er verlangt die Verurtheilung seines Theilhabers dahin, daß er an der Strafe insofern theilhaftig werde, als dieselbe der gemeinschaftlichen Geschäftskasse zu entnehmen und auf die Unkosten des Geschäftes zu buchen wäre. Diese Klage würde jedes deutsche Gericht mit der Begründung zurückweisen, daß dieselbe unmoralisch sei, da es gegen den Sinn des Gesetzes steht, wenn jemand eine ihm auferlegte gerichtliche Strafe einem andern, selbst wenn derselbe an den Vortheilen des Strafensors mit theilgenommen hat, mit auferlegen will. Es wird also hiermit eine Handlung von einem Gerichtshof als unmoralisch gebrandmarkt, die ein anderes Gericht dennoch nicht soweit ins Auge gefaßt hat, daß es sich veranlaßt gesehen hätte, in Hinblick hierauf von der Geldstrafe abzusehen und auf Gefängnis zu erkennen.

Ganz anders liegt der Fall jedoch, wenn ein Sozialdemokrat für ein im Dienste seiner Ueberzeugung unbewußt begangenes Vergehen oder für eine solche Übertretung die Unterstützung der Kasse seiner Partei oder seines Verlegers in Anspruch nimmt. Das Verhältniß ist hier kein unmoralisches ja sogar ein höchst moralisches, und es wäre vielleicht zu erwarten, daß selbst ein sozialdemokratischer Redakteur, der gegen seinen Verleger oder gegen eine Parteikasse, deren juristische Persönlichkeit angenommen, klagbar dahin vorgehen würde, daß dieselbe den durch eine Geldstrafe erlittenen materiellen Schaden ersetzen solle, mit seiner Klage nicht zurückgewiesen werden würde, denn es wäre ihm ein Leichtes nachzuweisen, daß er den materiellen Schaden im Dienste des einen oder des anderen erlitten und daß die im Dienste unverschuldet und unbeabsichtigt erlittenen Verluste von Privatparteien ebenso zu ersetzen wären, wie dies der Staat ja seinen Angehörigen, seinen Beamten und Soldaten gegenüber auch thut und diese Ersatzpflicht als höchst moralisch preist.

Der Verleger oder die Parteikasse, die einen in ihren Diensten ohne Verschulden und ohne Eigennützigkeit materiell Geschädigten unterstützt, erfüllt somit eine höchst moralische Pflicht, und der Maßstab der Moral ist nun einmal kein zweifacher.

Es ließe sich noch erörtern, ob das Eintreten einer Gemeinschaft für einen durch den Kampf für dieselbe in materielle Noth oder Verlegenheit gerathenden Mitkämpfer als eine Unterstützung oder in diesem Falle als ein wirkliches Abwälzen der Strafe auf einen Dritten anzusehen sei. Ich glaube nicht. — Das, was der Verleger oder die Parteikasse in diesem Falle nach Annahme des Richters thut, wäre nichts weiter, als das Flüssigmachen einer thatsächlich bestehenden, aber stillschweigend und nicht vertragsgemäß stipulirten Schuld, die der Betroffene, durch die Umstände gezwungen, eben einfordert. Denn auch er ist ein Theil dieser Gemeinschaft und kann und wird auch in anderen Fällen ebenso zur Deckung der Kosten beigezogen werden, ist sicher auch in wiederholten Fällen schon

### Clotilde. (Nachdruck verboten.) Roman aus der Gegenwart von H. W. von Walthausen.

27.

Anderen Tages war der Baron von Nüßdorf Tischgast im Brambach'schen Hause zur Mittagstafel.

Clotilde war wie umgewandelt. Die ganze Nacht hatte sie sich Vorwürfe gemacht, daß sie der Einbildung sich hingegeben: Ein reifer Mann könne ihrer großen Jugend ein anderes Gefühl als tändelnde Schmeichelei entgegenbringen. Sie war ja noch ein Kind. Um keine Thorheit zu begehen, nahm sie sich vor, die Rathschläge ihres Vaters genau zu befolgen, ihm zu nützen dadurch, daß sie freundlich mit dem Manne war, der ihrem Vater eine Stütze geworden.

Der Baron war ganz überrascht und überglücklich, seine Angebetete heute so gesprächig und freundlich zu finden.

Georgine wunderte sich ebenfalls. Auch Brambach war sehr heiter gestimmt und freute sich über seine gute Tochter. Da wurde ihm vom Diener Jean ein Briefchen überbracht. Brambach erbrach und überflog es, dann sagte er zum Diener: „Serviren Sie den Kaffee sogleich in meinem Zimmer; wir müssen heute die Tafel etwas früher abbrechen, es meldet sich soeben ein außerordentlicher Besuch an.“

„In Befehl, Herr Kommerzienrath,“ erklang es und Jean ging.

So ließ dem Baron gerade heute, das frühe Aufheben der Tafel war, erhob er sich doch, und eine wichtige Arbeit vorschüßend, bat er, ihn heute früher zu entlassen.

Brambach ließ ihn gewähren. Er wollte ihn, wie bisher, fernhalten von dem Besuche, denn der Brief kam vom Dr. Langenberg.

Diesen Brief überreichte Brambach seiner Frau.

Georgine hatte kaum gelesen, daß der Doktor darin in verbindlichen Worten angeigte, er werde so frei sein, heute Nachmittag der Familie Brambach seinen Freund vorzustellen, als sie aufbrach ihre Anordnungen zu treffen.

Brambach schien dies erwartet zu haben, denn als Georgine fort war, fand auch er einen Grund zu gehen und ließ die beiden jungen Leute allein.

Der Baron ließ diesen Augenblick nicht unbenutzt. Er näherte sich Clotilde und sagte: „Werthes Fräulein, ich empfehle mich Ihnen.“

Clotilde war von der feinen Manier, mit welcher der Baron den Wünschen ihres Vaters nachkam und seinen Besuch abkürzte, angenehm berührt und entgegenete, freundlich ihm die Hand reichend, in sympathischem Tone: „Verzeihen Sie diese Störung, leben Sie wohl.“

„Preis nur kann ich diese Störung,“ erwiderte rasch der Baron, indem er ihre Hand in der seinen behielt. „Endlich finde ich Gelegenheit, Ihnen zu sagen, daß Sie mein einziger Gedanke früh und spät sind, daß Ihnen mein ganzes Herz gehört.“

„Herr Baron?“

Der Baron sank in die Knie. „O, entziehen Sie mir Ihre Hand nicht, zu Ihren Füßen lassen Sie mich beugen, daß ich Sie liebe, liebe mit aller Gluth meiner Seele!“

„Stehen Sie auf, Herr Baron! — ich höre Stimmen — lassen Sie meine Hand los.“

„Nicht eher bis Sie das eine Wort gesprochen, was

mir Glück oder Glend, Jubel oder Jammer bringen wird, darf ich auf Ihre Gegenliebe hoffen?“

„Ach — Sie sind so dringend — Herr Baron — ich bin verwirrt, sehen Sie denn nicht meine Angst — man kommt — stehen Sie auf!“

Nur Ja oder Nein!

In diesem Augenblicke wurden Stimmen an der Thüre laut. Mit einem entscheidenden Ruck riß Clotilde gewaltsam ihre Hand los und sprang zur Seite.

Der Baron schnellte empor und verbeugte sich wie zum Abschied. Doch zu spät, seine Kniebeugung war noch gesehen worden.

Nicht nur, daß Brambach plötzlich aus dem Nebenzimmer hinter den Weiden eintrat, jetzt öffnete auch Georgine die Thür des Empfangszimmers, und rief hinein: „Heinrich! Clotilde!“

Doktor Langenberg stand hinter ihr und erhaschte durch einen Blick den ganzen Vorgang, wenn auch Clotilde bei Seite trat und Georgine die Thür sofort wieder zuzog.

Neben Langenberg stand ein Fremder.

Brambach entließ den Baron durch den Ausgang des Nebenzimmers und fand sich dann ebenfalls im Empfangszimmer ein.

Langenberg hatte sprachlos in das hochgeröthete Gesicht Clotildens geblickt, hatte schweigend ihre tiefe Verbeugung erwidert. Bei Anblick Brambach's schien ihm erst einzufallen, daß er nicht allein war und daß seine Herzensangelegenheiten jetzt schweigen mußten. Einen feingekleideten, ältlichen Herrn vorstellend, sagte er: „mein Freund Signor Palavi“, dann zu dem gesehnen: „Herr Kommerzienrath Brambach, Frau Kommerzienrathin und Fräulein Brambach.“

„Ah, Herr Palavi! Sie sind uns bestens empfohlen

Infektions-Gebühr beträgt für die Funkefaltung: Beilagen oder deren Raum 20 Pf., für Beilagen und Beilagenfundus: Einzigen 20 Pf. Gebühr für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Levensprecher: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

angezogen worden, wenn es sich um ein anderes Mitglied dieser seiner Gemeinschaft handelt.

Wir sehen somit, die Geldkrise ist ein Institut, das und aus alten Zeiten überkommen ist, das im Sinne der gegenwärtigen Gesetze als eine Milderung und eine Verfeinerung zu preisen sei, daß aber eine dieser Absicht und dieser Tendenz widersprechende Handhabung derselben, im Gegensatz zu unserem Rechtsgefühl und im Gegensatz zu unserer Kulturauffassung steht. Wir sehen weiter, daß die Geldkrise nur auf dem Boden der kapitalistischen Wirtschaftsweise überhaupt noch bestehen kann, und daß alle Versuche, sie vollständig im Sinne der Gerechtigkeit zu handhaben, an den gegenwärtigen sozialen Ungleichheiten scheitern, und daß eine Ausnahmeanwendung derselben diese Ungleichheiten nur noch vermehren, den darin glimmenden Funken des Rechts schließlich ganz erstickend müßte, daß es ferner weder in der Macht des Richters liegt, mit dieser Straftat das Recht zu treffen, noch in dessen Befugnis, darüber Untersuchungen anzustellen, was denselben jedoch nicht veranlassen darf, dem Geiste der Gesetzgebung zum Troste eine Erleichterung aufzuheben, die nun einmal von derselben vorgegeben ist.

## Politische Uebersicht.

Berlin, 28. Januar.

Der Reichstag beschäftigte sich heute wieder ausschließlich mit den Arbeitern und mit Maßregeln zur Besserung ihrer Lage und zur Lösung der sozialen Frage. Man sollte wahrhaftig denken, die Arbeiter müßten in Deutschland sehr glücklich sein, denn es giebt keine Partei, die nicht von der größten Bärtlichkeit für sie befehle wäre. Aber mit der Arbeiterfreundlichkeit ist es wie mit dem Parlamentarismus: die Qualität steht in umgekehrtem Verhältnis zur Quantität — je mehr desto schlechter. Kein Volk hat so viel Parlamentarismus wie das deutsche, — alle Zeitungen sind bis oben hinaus gefüllt mit Reichstags-Verhandlungen, Landtags-Verhandlungen u. s. w. — und in keinem Land taugt der Parlamentarismus weniger. Mit der deutschen Arbeiterfreundlichkeit ist es ebenso: viel Geschrei und wenig Wille. Und heute war in der That viel Geschrei.

Es war noch immer unser Antrag betreffend das Alters- und Invaliditätsgesetz, und der Abschwächungsantrag des Zentrums, worum die Debatte sich drehte. Der konservative Standby wünschte Abänderungen des bestehenden Gesetzes — im Interesse des armen Mannes; und er benutzte die Gelegenheit, sich und seiner Partei den Gamp'schen Salzsteuer-Vorschlag von den Reichstagen zu schütteln.

Nach dem Konservativen der Fortschrittler. Beim Heiligen Manchester schwor Bachmiche den Arbeitern ewige Liebe — nur vom Staatssozialismus wollte er nichts wissen, dem fortschrittlichen Liebeschwur folgte der nationalliberale, abgelegt durch Enneccerus, dem Mann, der alles beweisen würde, wenn er es könnte wie Gneist. Er erklärte sich für den Antrag Hise. Der konservative Noon stieß natürlich ebenfalls über von Liebe zu den Arbeitern, zugleich aber auch von Haß gegen das Liebesgesetz, das die Landwirtschaft ungerecht belaste. Singer, der nach ihm das Wort erhielt, legte mit scharfem Bissen die Sophismen der Vorredner weg, beleuchtete den Widerspruch zwischen Worten und Thaten, zeigte den wahren Charakter der Sozialreform und belehrte Herrn Noon, daß es nicht die Arbeitgeber, namentlich nicht die ländlichen sind, welchen das Versicherungsgesetz schwere Lasten aufhakt, sondern daß die Hauptlast von den Arbeitern zu tragen ist und daß die Herren Entschäfer die Unternehmerbeiträge zur Invaliditäts- und Altersversicherung ihren Arbeitern vom Lohn abzuziehen pflegen. Einige Bemerkungen des Herrn v. Böttcher veranlaßten Singer, seine vorherige Kritik der Arbeiter-Versicherungsgesetzgebung mit Material zu begründen, und noch wesentlich zuzuputzen. Herr Stumm, der sich den Scherz erlaubte, den Arbeitgebern würde durch die deutschen Gesetze das Koalitionsrecht nicht minder verschärft als den Arbeitern, rief Stadthagen auf die Rednerbühne, der über die Versicherungsgesetze sehr kräftige Wahrheiten sagte, und grelle Schlaglichter auf die menschenunwürdige Behandlung der Armen in den ländlichen Kreisen fallen ließ. Die Abstimmung, welche um kam, ergab Ablehnung unseres Antrages gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, und hierauf fast einstimmig

und darum herzlich willkommen,“ sagte Brambach, dem Fremden entgegengehend und ihm die Hand reichend.

„Und ich begrüße Sie, Herr Rath und Ihre werthe Familie mit doppelter Freude. Nicht nur den Träger des Namens Brambach, der weit und breit rühmend genannt wird, wünschte ich kennen zu lernen, auch die werthen Damen, von denen mir mein Freund und Lebensretter — der mich von schwerer Krankheit befreit — so viel Anziehendes und Liebes erzählt.“ Dabei begrüßte Palavi Georginen und dann Clotilde noch besonders.

Er war ein sehr beweglicher, in den Fünzig stehender, mittelgroßer Mann, mit blühenden Augen; sein bartloses Gesicht war überaus freundlich und gewinnend.

Georgine überwand daher das Mißtrauen, mit dem sie jeden ins Hans Treten den betrachtete, und sagte: „Durch Ihren Freund, den Herrn Doktor, sind Sie zugleich der Freund unseres Hauses geworden.“

(Fortsetzung folgt.)

## Kunst und Wissenschaft.

Die kranke Zeit, N. Slowronnel's neuestes Lustspiel, wurde am Sonnabend zum ersten Male im Schauspielhaus aufgeführt. Slowronnel's Lustspiel- und Verlobungsgeschichten sind von solcher Simplicität, daß ein Blatt, das in der Kunstkritik ein so bedachtames und gemäßigtes Tempo liebt, wie die „National-Zig“, den seligen Venediz einen dramatischen Revolutionär gegenüber Slowronnel nennt. Diesmal wollte Slowronnel noch etwas Besonderes thun und sein schalfrichtiges Getränk mit Satire würzen. Er entrüstete sich gegen die nichtsnutzigen Ankläger, die unsere Zeit, unsere Gesellschaft krank und faul darstellen, während sie doch umgekehrt von Gesundheit frohgt. Alle Nichtswürdigkeit dieser Unzufriedenen häufte er auf das Haupt eines verkrüppelten Schriftstellers Dr. Lichtenau, der einen Roman „Die kranke Zeit“ schreibt. Nun kann gewiß irgend ein Filou sich einer revoltirenden Kampfbewegung anschließen, wie es ebenso Dampferleie genug geben wird, die der Welt der Sittlichkeitsstreberhaft mit schönfärbischen Phrasen dienen, und die letzteren haben am Ende das bessere Loos gewählt und brauchen nicht zerrissene Stiefel zu tragen, wie der niedertüchtige Lichtenau. Ihr Brot ist gemeinlich nahrhafter. Doch daß dieser Lichtenau als typisches Beispiel aufgestellt wurde, das war hart. Man hat den armen Slowronnel darüber arg gefragt. Warum das? Kindern, die eine Fuchtel statt der Waffe schwingen, begreife man mit einem lauten Schlag und die Fuchtel liegt in der Ecke. Gegen Kindisches die Waffen ziehen, das wäre der Mühe werth!

Annahme des Antrages Hise. Bei dem Posten: Kommission für Arbeiterstatistik entpand sich eine längere Debatte, in der Bebel die Mängel der deutschen Arbeiterstatistik hervorhob, und unmittelbar vor dem sechsten Jahrestag der „kaiserlichen Erlasse“ das Eingefrieren der Sozialreform feststellte. Er forderte Ausdehnung der Befugnisse der Reichskommission zur Untersuchung aller Lebensverhältnisse der Arbeiter und verbreitete sich insbesondere über die Greuel im Bädergewerbe, zu deren Abhilfe immer noch nichts geschehen sei.

Ein großes Verdienst erwarb sich Bebel dadurch, daß er auch die Verhältnisse in der Konfektionsindustrie mit der doppelten Bewunderung der Arbeiter durch Unternehmer und Zwischenhändler und mit allen ihren Folgen des physischen, sittlichen und wirtschaftlichen Elends skizzierte.

Herr von Böttcher, zuvorkommend wie immer, anerkannte Bebel's Beschwerden und verheißte Abhilfe. Aber Bebel meinte: Der Worte sind genug gewechselt, wir wollen endlich Thaten sehen.

Auf Thaten von der Seite können wir bis zum St. Nimmerleinstag warten.

Schluß der Sitzung 5 1/2 Uhr. Morgen: Schwerinstag, freisinniger und Zentrumsantrag über das Reichstags-Wahlrecht und sozialdemokratischer und freisinniger Antrag über das Vereins- und Versammlungsgesetz.

Das preussische Abgeordnetenhaus begann am Dienstag die zweite Lesung des Staatshaushalts-Etats. Die Debatte hierüber bietet alljährlich dasselbe langweilige Bild. Während die Reichen der Volkswirtschaft zahlreiche Schäden aufweisen, trängen sich um den Ministerstisch neben den Ressortministern zahllose Kommissare mit unermesslichen Aktenbündeln, bereit, jedem Abgeordneten auf irgend eine Anfrage, einen Wunsch oder eine Beschwerde sofort Rede und Antwort zu geben. Und fast jeder der Anwesenden hat etwas auf dem Herzen. Da aber ihre Wünsche und Beschwerden meist weit auseinandergehen und infolge dessen niemand auf das von seinem Vorredner angeschnittene Thema sich einläßt, so zerfällt die Debatte in tausend Einzelheiten. Zunächst kam der Etat des Finanzministeriums an die Reihe. Wie seit Jahren, so wurden auch diesmal lange Reden über zu niedrige Gehälter einzelner Beamtenkategorien angestimmt, und wie seit Jahren erfolgte auch diesmal die stereotypische Antwort vom Ministerstisch, daß die Regierung sich nicht darauf einlassen könne, einzelne Beamtenklassen heranzugreifen, weil dadurch nur die Unzufriedenheit anderer erregt würde; man solle warten, bis eine allgemeine Ausbesserung vorgenommen werden könnte. Daß Dr. Miquel auch bei dieser Gelegenheit wieder einen Gymnasialaufseher gefeiert, ist nicht wunderbar. Da aber außer Herrn Nidert niemand darauf einging, so war diese Frage bald abgethan. Nach Erledigung des Etats des Finanzministeriums begann die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern. Das Gerücht, der neue Minister des Innern würde eine Art von Programmrede halten, schien sich bewahrheiten zu sollen; aber es schien nur so. Wohl erhob sich der Minister bei Beginn der Debatte, aber nicht um sein Programm darzulegen, sondern nur um über einen Punkt Aufklärung zu geben, der seiner Meinung nach besonders aktuell ist: über die Frage der Reform des Wahlrechts zum Landtage. Herr von der Rede von der Forst erklärte, daß die Regierung sowohl eine Reform des Landtags- als auch des Gemeinde-Wahlrechts beabsichtige, daß sich aber diese Frage nicht über die Rechte lösen ließe. Die Rechte erklärte sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden. Die Arbeiterklasse, die ja im Abgeordnetenhaus nicht vertreten ist, sieht der Reform des Dreiklassen-Wahlrechts mit großer Ruhe entgegen. Das System ist so schlecht, daß es kaum noch verfehlter werden kann: eine Reform, wie wir sie meinen, kann nur in der völligen Abschaffung des Dreiklassen-Wahlrechts bestehen. Eine eigenartige sozialpolitische Weißheit verapopte der freikonservative Landrath Gerlich, der sich darüber beschwerte, daß die zu Landarbeiten verwendeten Strafgefangenen eine längere Arbeitszeit hätten, als die freien Arbeiter. Man solle auch deren Arbeitszeit verlängern, da sonst die freien Arbeiter sich ihrer Menschenwürde bewußt werden und ebenfalls kurze Arbeitszeit verlangen könnten. Auch diesen menschenfreundlichen Ausführungen spendete die Rechte Beifall. Am Mittwoch wird die Debatte fortgesetzt. Auf der Tagesordnung steht außerdem der Etat des landwirtschaftlichen Ministeriums.

Das kaiserliche Telegramm an den Republikaner Krüger ist von Blättern, die der Regierung nahe stehen, auf einen „spontanen Impuls“ des Kaisers zurückgeführt worden. Ganz spontan war das Telegramm nicht. Es war die Antwort auf ein Telegramm, welches die Deutschen in Pretoria am 31. Dezember an den Kaiser geschickt hatten und in welchem sie ihn um Schutz baten. Diese Thatsache, die bisher unbekannt war, ist von unserem Korrespondenten in Pretoria zuerst veröffentlicht worden. Wir verweisen auf seinen Brief in der gestrigen Nummer.

Zu den kommenden Männern wird auch Graf Philipp Eulenburg, der deutsche Votschafter in Wien, ein bevorzugter Liebling des Kaisers, gerechnet. Weil er der Zukunft Eulenburg ist, müssen seine Aeusserungen mehr beachtet werden, als ihr innerer Werth es rechtfertigen würde. Dies zur Entschuldigung, wenn wir aus den Schlußabsätzen seiner Rede bei der Geburtstagsfeier des Kaisers des folgenden Satzes Erwähnung thun:

Freuen wir uns des Kaisers, der mit tief deutschem Empfinden das deutsche Volk begreift, der so oft zu mir und anderen äußerte: „Die Kraft Deutschlands liegt in seinen Fürsten und in der Eigenart der deutschen Stämme.“ In dieser (i) Eigenart sieht der Kaiser das Bollwerk gegen den Umsturz und die Anarchie.

Ob dieser Satz als Programm bei einer Ministerkandidatur genügt, sind wir außer Stande zu beurtheilen.

Miquel. Man schreibt uns: „Am letzten Ordensfeste sollte der Kommunist und Organisator von Bauernaufständen a. D., liberaler Führer und Verwaltungsrath der Diskontogesellschaft gleichfalls a. D. und gegenwärtiger königlich preussischer Finanzminister und Oberagrarier Miquel in den erblichen Adelsstand erhoben werden. Diese Auszeichnung hat er aber „mit Rücksicht auf seine früheren politischen Anschauungen abgelehnt.“

Hat der bedächtige Herr Miquel gefürchtet, daß man einige den Adel kritisirende Reden und Briefe aus der Zeit des jugendlich ungestümen Miquel am Tage der Rang-erhöhung publiziren könnte? —

Von der Flottengründung. Den „Berliner Neuesten Nachrichten“, die die famose Flottengründung zur Unterstützung der „Weltpolitik“ angeregt haben, wird offenbar Angst und Bange vor einer recht tüchtigen Blamage. Ihre nationalliberalen Freunde sind ihnen all zu lebhaft auf den genialen Plan eingegangen, indem sie gleich davon schwärmen, daß der Kaiser die Inskription auf die lebhafteste betreiben und alle Fehlschüsse werden, um das Ziel, das er sich gesetzt hat, die deutsche Flotte derjenigen anderer Großmächte ebenbürtig zu machen, zu erreichen.“ Erschütterter von sozialer Phantasie, warnen die „N. N.“ vor Uebertreibungen in einem Satze, dessen Sinn ist: Gott schütze mich vor meinen Freunden! Die Sammlungen des Blattes haben übrigens schon die imponirende Summe von 262 M. 82 Pf. ergeben. Nach

unserer Kenntniß der Dinge kann man dafür nicht einmal ein „Wüstenschiff“ kaufen.

Ich bin so klug und weise — denkt der neue provisorische Redakteur der „Kreuz-Zeitung“ und entdeckt flugs das Geheimniß des Entschlusses und Wachstums der Sozialdemokratie. „In Berlin und Hamburg sind die meisten Sozialdemokraten; in Berlin und Hamburg herrscht das Manchesterthum — ergo ist das Manchesterthum schuld an der Sozialdemokratie.“

Schade nur, daß die Rechnung ein Loch hat. Wäre sie richtig, so müßte in dem Geburtsland des Heiligen Manchester, wo er heute noch den ganzen Staat beherrscht — weit unumschränkter als die Städte Berlin und Hamburg beherrscht — die Sozialdemokratie weitans die stärkste Partei sein, noch mehr als in Deutschland, wo das Manchesterthum doch eine sehr eingeschränkte Herrschaft führt. Verglichen mit Deutschland ist aber in England die Sozialdemokratie sehr schwach.

Wenn die „Kreuz-Zeitung“ bedenkt, daß es in England keine deutschen Liebesgaben, Junken, keine deutsche Polizei, keine deutschen Richter, keine deutschen Majestätsgesetze, keine deutschen Vereinsgesetze und keine ähnlichen deutschen Annehmlichkeiten giebt, dann könnte sie vielleicht auf die richtige Fahrt gelangen — wenn sie ihre Hirnmaterie anstrengen will, was wir ihr übrigens garnicht zumuthen. —

Neun konservative Vereine des zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreises haben die Gelegenheit des Kaisergeburtstages dazu benutzt, eine eklatante Ueber-tretung des Vereinsgesetzes zu begehen, indem sie in den festlich geschmückten Räumen der „Philharmonie“ zusammenkamen. Oberlieutenant z. D. von Krause hielt die Festrede, „in der er die Helden Reune passiren ließ, die vor 25 Jahren das Vaterland einigten, und des braven Heeres gedachte, das mit seinem Blute den Bruderkrieg zwischen Nord und Süd und West und Ost fittete.“ So zu lesen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“. Wir würden den Vorfall nicht erwähnen, wenn wir nicht die feste Ueberzeugung hätten, daß den Herrschaften nicht das geringste passiren wird, ver-säumen aber auch die Gelegenheit nicht, die konservativen und agrarischen Blätter an ihre Behauptung zu erinnern, solche Uebertretungen des Vereinsgesetzes würden zwar von Sozialdemokraten und Freisinnigen, nie aber von Konservativen begangen.

Eine Erklärung erläßt in der „Kreuz-Zeitung“ das frühere Komitee der „Kreuz-Zeitung“, dem offenbar die Enthaltungen des Herrn v. Krüger im Landtage gar nicht recht gepaßt haben. In ihr kehrt die alte Litanei von der „juristischen“ Möglichkeit einer Suspension Hammerstein's, von den „juristischen“ Zweifeln und ähnliches wieder, aus dem allen nur das eine hervorgeht, daß sich die Herren gewaltig forchten, dem Manne mit der gefährlichen Pistole zu nahe zu kommen, bevor sie schwarz auf weiß die Beweise über seine Vergehen hatten, an denen sie wohl kaum noch „menschliche“ Zweifel hatten. —

Vom Hammerstein. Die „Frankfurter Zeitung“ bringt einige amüsante Enthaltungen über Hammerstein's Opfer; es heißt da, daß es ihrer eine Menge aus den Kreisen seines freundschaftlichen, politischen und geschäftlichen Verkehrs giebt. „Die längst beobachtete gedrückte Stimmung einzelner konservativer Männer ist viel weniger auf die Noth der Landwirtschaft, über die sie öffentlich sprechen, als auf schwere Schädigungen durch den einstigen Freund und Parteigenossen zurückzuführen, die sie weise und schmerzlich schweigend tragen. Einem dieser Opfer hat Herr v. Krüger in seiner Rede gedenkt, ohne den Namen des Aermsten zu verrathen, den alle Voricht, daß noch ein bestimmter zahlungsfähiger Dritter auf dem Wechsel stehe, und daß dieser nun bei der ritterschaftlichen Darlehnskasse diskontirt werden solle, nicht vor der betrügerischen Verwerfung seiner einmal gegebenen Unterschrift geschützt hat. In parlamentarischen Kreisen erräth man den in der Geschichte der konservativen Partei oft genannten Namen dieses Opfers und die hohe Summe, um die es sich handelt. Als Ergebnis der niederen Jagd des edlen Freiherrn sind neben dem Edelwild bekannte Restaurateure und Weinbändler mit Summen von einigen Tausenden angefochten worden. Ein pommerischer Guisbisher soll sehr erregt werden, wenn man ihm die harmlosen Worte zittirt: „Oh, bitte, Ihr Wort genügt mir, Herr Baron.“ Mit dieser vertrauensvollen Wendung hat er nämlich als Tourist in Tyrrol dem Freiherrn v. Hammerstein ahnungslos einige tausend Mark vorgestreckt, die dieser notwendig zu seiner Flucht brauchte. Jetzt hat er zum Schaden auch noch den Spott. Da ist der Herr Erzbischof Stablewski besser dran; der kann sich über manches Ungemach mit der angenehmen Erinnerung trösten, daß er den finanziellen Anpassungen Hammerstein's glücklich entgangen ist. Er hat wirklich den Erzbischof von Posen in seiner Dödelje aufgesucht; wer will es diesem verdienen, wenn er zunächst eine politische Mission des einflussreichen konservativen Publizisten und Parteiführers vermuthet hat. Als sich herausstellte, daß ein Pump von etwa 20 000 M. der Zweck des Besuches war, da ging die Diplomatie der Kirche ohne Schaden aus dieser Intermezzo hervor. Der Primas von Polen ist jetzt ein viel-beneideter Mann.“ —

Christliche Liebe. Der „Reichsbote“ vervollständigt seine Denunziation des Pfarrers Raumann, den er schlankweg „den Sozialisten Pr. N.“ nennt, durch die Mittheilung einiger weiterer Stellen aus der „Hilfe“, in welchen die Forderungen der deutschen Lehrer — Gehaltserhöhung und Besserung der Volksschule — vertreten werden. Besonders aber regt er sich darüber auf, daß Raumann mit so manchen anderen „das Christenthum Christi, wie es in der Bibel steht, geleht wissen will, nicht aber das Christenthum der Konfessionen, wie es in den Katechismen steht“. Solche und ähnliche Gedanken nennt der fromme „Reichsbote“ in christlicher Liebe demagogische Dehnerie; und mit dumpfer Stimme sagt er hinzu: „Wir theilen sie mit zum Beweise, wie es mit diesen Leuten abwärts geht, und viele mögen sie mahnen: Wer steht, der sehe zu, daß er nicht falle.“ —

Die Lage der Italiener in Afrika ist eine tragikomische. Oder richtiger: sie ist tragisch, es wird aber eben Komödie mit ihr gespielt. Das gesammte offizielle Italien, das heißt Crispi, seine Kumpane und die Dummen, die sich von ihm über den Köpfen barbicieren lassen, schwimmen jetzt in einem Meer von Bönne ob der ungeheueren Ruhmesthaten der italienischen Armee; und begeisterte Freunden- und Jubelfeste werden im ganzen Lande gefeiert — wie Herr Crispi in alle Welt telegraphiren läßt. Und was ist geschehen? Nachdem neulich in Abyssinien ein vorgeschobenes Bataillon der italienischen Armee von den Eingeborenen in Stücke gehauen worden war, ist jetzt ein zweites vorgeschobenes Bataillon von den Eingeborenen zwar nicht in Stücke gehauen, aber zur Räumung des festesten Punktes im „eroberten“ Gebiet und zum Abzug mit Sach und Pack gezwungen worden. Und deshalb Jubel! Es ist, wie wenn die Deutschen vor einer siegreichen französischen Armee das belagerte Straß-

Burg geräumt hätten — mit Zusage freier Abzugs. Und das soll ein „großer Triumph“ sein. Unwürdige Komödie! Wenn von einem Triumph die Rede sein kann, dann gebührt er den Abessyniern, die so menschlich waren, Feinde zu schonen, die ihnen durch ihre Standhaftigkeit Achtung eingeflößt hatten. Eurapier wären solche sentimentaler Regungen, solche „Humanitätsbusen“, wie unsere Patrioten es nennen, nicht fähig gewesen — sie hätten die Belagerung ruhig verdursten lassen, bis sie mit den Maskeuren in die belagerte Feste hätten einziehen können. Es war ja nur die Sache von ein paar Tagen.

Nein — doppelt besiegt sind die Italiener von den „wildem Abessyniern“: auf dem Schlachtfeld und durch Edelmuth.

Was aber wird aus Italien und aus den Italienern in Afrika? Es liegt eine dicke Wolke über den Vorgängen dort. An sich schon ist es schwer, die Wahrheit über Vorgänge in so entlegenen weiten Gegenden zu ermitteln, so ist doppelt schwer, wenn, wie hier, gerade von denen, welche am meisten in der Lage sind, die Wahrheit zu ermitteln, alles ausgeboten wird, die Wahrheit zu verschleiern oder gar positiv zu fälschen. So viel aber ist gewiß, daß die Streitkräfte der Italiener wohl für einen Handstreich genügen mögen, für die Behauptung des von den Italienern geraubten Landes aber auch nicht einmal annähernd ausreichen. Mag nun in nächster Zeit ein glorreicher Schwundfriede geschlossen, oder ein glorreicher Schwundfriede erfochten werden — zu irgend einem Schlag ist Crispi gezwungen. — In keinem Falle wird Crispi die Rettung vor den unvermeidlichen Folgen seiner heimlichen Lügen- und Gewaltpolitik in dem glühenden Sande Afrika's finden. —

Wir lassen nun die wichtigsten Depeschen über die Ereignisse in der afrikanischen Kolonie Italiens folgen:

Rom, 27. Januar. Wie der „Agenzia Stefani“ aus Adagagamus vom heutigen Tage gemeldet wird, laufen dort sich widersprechende Gerüchte über den Marsch der Truppenabtheilung des Oberleutnants Galliano um. Nach einigen Berichtserstatterern sollen die in dem Bataillon Galliano's befindlichen Italiener entwaffnet worden sein, während andere dieselben noch bewaffnet gesehen haben wollen und behaupten, sie hätten nichts bemerkt, was auf einen Konflikt schließen ließe. — Bisher ist Galliano in Adagagamus noch nicht eingetroffen, auch ist der Bot, welchen General Baratieri an Ras Matomen sandte, noch nicht zurückgekehrt.

Rom, 28. Januar. Nach Meldungen der hiesigen Blätter enthält das Schreiben des Negus Menelik an den General Baratieri keine bestimmten Friedensvorschläge, sondern nur die Bitte, einen Bevollmächtigten zu senden.

Rom, 28. Januar. Der Bericht des Generals Baratieri über die Ankunft Galliano's und seiner Truppen, sowie über den Verlauf der Verhandlungen mit Menelik wird hier mit großer Ungeduld erwartet. Die Friedensfreunde bestärken Crispi, den Feldzug zu beenden, Crispi scheint jedoch entschlossen zu sein, den Krieg unter allen Umständen fortzusetzen. —

**Theilerer im Großen.** Das „Wolfsche E. reau“ übermittelt eine Depesche der Londoner Zeitung „Daily News“ aus Wien, die besagt, die armenische Frage werde akut. Die russische Flotte sei in Sebastopol und Odessa bereit; die russischen Armeen im Kaukasus seien an der Grenze zusammengezogen, um im Frühjahr in Armenien einzumarschieren. Rußland suche jetzt die Zustimmung der Mächte zu einer Theilung der Türkei nach. Rußland schlage vor: es selbst wolle Armenien und die asiatischen Provinzen bis Alexandrette, sowie Konstantinopel nehmen, Frankreich solle Syrien, Palästina und Jerusalem erhalten, England Ägypten und die Ostküste des Persischen Golfs, Oesterreich Serbien und Mazedonien, Italien Tripolis, Griechenland, Thessalien, Creta und die Inseln des Ägäischen Meeres. Es werde behauptet, daß alle Mächte hiermit einverstanden seien mit Ausnahme von Oesterreich, welches sich noch seine Erklärung vorbehalten habe.

Der Wunsch ist hier der Vater des Gedankens. Pläne zur Theilung der Türkei haben nicht mehr den Reiz der Neuheit für sich; der vorliegende zeichnet sich aber durch eine gewisse Eleganz beim Hinweisen der einzelnen Brocken aus; man merkt, daß er in Rußland ausgeheckt wurde, wo man eine entschiedene Begabung für Theilerer im Großen von jeder bewiesen hat, so an dem unglücklichen Polen, so in Wien. Natürlich wird noch viel Wasser den Berg hinunterlaufen, ehe man dem „Kranken Manne“ ernsthaft an den Leib geht, aber sicher wird im entscheidenden Augenblicke kein Gedanke daran, daß das türkische Volk doch sojuzagen auch einen Willen habe, die Entschlüsse der hohen Politiker der „zivillirten Mächte“ beeinflussen. —

**Chronik der Majestätsbeleidigungen.** Die Strafkammer im Duisburg verhandelte am 26. Januar unter Ausschluß der Öffentlichkeit gegen den Arbeiter Frätel genannt Baumann. Derselbe war der Majestätsbeleidigung in fünf Fällen angeklagt. Der Staatsanwalt beantragte vier Monate Gefängnis, während das Gericht in jedem einzelnen Fall auf drei Monate, gleich fünfzehn Monate, zusammengezogen auf ein Jahr Gefängnis und wegen der Höhe der Strafe auf sofortige Verhaftung des Angeklagten erkannte. Bemerkenswerth ist, daß die Denunzianten — zwei holländische Familien, die mit dem Verurtheilten in einem Hause wohnten und sich in der letzten Zeit mit demselben überworfen hatten — nur wenig Deutsch verstanden und auch nur sehr gebrochen deutsch sprachen, trotzdem aber vom Gericht als völlig glaubwürdig angesehen wurden. In der Urtheilsbegründung wurde hervorgehoben, daß der Verurtheilte systematisch darauf ausgegangen wäre, den Kaiser zu beleidigen. Auf die Parteigebhörigkeit sei das Gericht nicht eingegangen, obgleich der Verurtheilte ja eine Zeitung, die „Niederheinische Volkstribüne“, gelesen habe. Die Entlassungsbefehle wurden in der Urtheilsbegründung mit keinem Worte erwähnt.

### Deutsches Reich.

— Gegen die Kolportage richtet sich eine Verfügung des Justizministeriums, die es den Kolporteurern auf Grund des § 56 der Gewerbe-Ordnung verbietet, kleine Tractschriften im Umhergehen zu verkaufen. Die Veranlassung zu diesem Verbote hat angeblich ein Lieferungsverweigerer, das den Fall Bietzen und die Geschichte des Prozesses in Romanform behandelt. —

Riel, 27. Januar. (Eigener Bericht.) Die deutsche Kriegsmarine, die im vergangenen Jahre mit 4 neuen, 10 000 Tonn großen Panzerschiffen manövrirten konnte, wird in diesem Jahre durch zwei weitere neue Panzerschiffe, Odin und Regir vermehrt, so daß neben der erst bezeichneten Brandenburgklasse nunmehr auch die zur Vertheidigung des Nord-See-Kanals aus 8 Panzerschiffen bestehende Siegfriedklasse vollendet ist. Vollständig umgebaut und modernisiert wurden die Panzerschiffe Preußen und Deutschland. Im Umbau befinden sich zwei Panzerschiffe der Saefenklasse, nach deren Fertigstellung die noch zu dieser Klasse verbleibenden zwei Panzerschiffe ebenfalls umgebaut werden, welches derartig ausgeführt wird, daß nur das Schiffsgerippe unverändert bleibt. Das im Auslande befindliche Kreuzermaterial ist fast durchweg neu, zwei neue Kreuzer liegen in der Werft zu Kiel, um im Sommer ins Ausland zu gehen. Ebenso sind die Avisos und Torpedoboote in vorzüg-

lichem Zustande. Auf den Werften befinden sich sodann zahlreiche Kanonenboote, die sich zur Vertheidigung von Flussläufen gut bewähren. Die Häfen haben eine äußerst starke Vertheidigung erhalten und das Minenwesen, zu welchem extra Schiffe vorhanden, steht auf der Höhe der Zeit. Ferner steht im Kriegesfalle die staltliche deutsche Schnell-Dampfer-Flotte zur Verfügung, die stark armirt werden kann und durch die Kohlenbunker einen Panzer erhält. Und trotzdem 4 Kreuzer, 1 Panzerschiff und 1 Panzerkreuzer gebaut werden, ist die Flotte für einige Schwärmer noch zu klein! —

— Die wegen Landesverrats mit dem belgischen Ingenieur verhafteten Frauen aus Magdeburg, Frau Richter und ihre Tochter, sind der „Frankf. Ztg.“ zufolge aus der Haft in Leipzig entlassen worden. —

Dresden, 27. Januar. (Sächsischer Landtag.) Zwei Petitionen veranlaßten in den letzten Tagen eine ziemlich lebhaft Debatten in der 2. Kammer. Am 17. Januar wurde über die Petition des geschäftsführenden Ausschusses des Innungsverbandes deutscher Baugewerksmeister verhandelt, die eine Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker sowie die Einführung des Befähigungsnachweises für Bauhandwerker wünscht. Der sozialdemokratische Abg. Frähdorf wendete sich gegen den Beschluß der Petitionsdeputation, die eine, wenn auch sehr verlauslierte Erklärung der Regierung, die Sympathie mit den Forderungen ausdrückt, der Zustimmung der Kammer empfahl. Die Kammer stimmte denn auch mit Ausnahme der Sozialdemokraten diesen Anträgen zu. Eine erregte Scene rief die anspielige Bemerkung Frähdorf's hervor, daß früher ein Güterauslöscher in der Kammer gesehen habe, dessen Sohn seine Millionen ererbt habe und nun für Religion, Ordnung und Sitte kämpfe. Abg. Mehnert bezog dies auf sich, spielte den Entrüsteten — aber nur für Augenblicke, dann brachen seine Mäyhen wieder durch — und behauptete dreist, zu wissen, daß schon früher ein anderer sozialdemokratischer Abgeordneter ihn persönlich habe in der Kammer angegriffen wollen, und daß man überhaupt sozialdemokratischerseits Angriffe gegen ihn geplant habe. Dem Mehnert wurde vom Abg. Raden bedeutet, daß, wenn er sich durch die Anspielungen so sehr beleidigt fühle, es zu verwundern sei, daß er nicht seinerzeit gerichtliche Klage angebracht habe, als in den Zeitungen die Praktiken seines Vaters ausgedrückt worden seien. Mehnert schloß also mit seinem Reinigungsversuche nicht gut ab.

Am 21. Januar wurde die Petition des Handwerker-Vereins zu Oberdorf bei Zittau um Einführung der Dessenlichkeit bei den Gemeinderaths-Sitzungen verhandelt. Für unbedingte Dessenlichkeit traten nur die Abgeordneten Seifert, Stolle, Hoffmann und Geyer ein. Der Minister des Innern erklärte, sein prinzipieller Gegner der Dessenlichkeit zu sein, verschante sich aber bezüglich der behördlichen Untersuchungen öffentlicher Gemeinderaths-Sitzungen wie gewöhnlich hinter wenn und aber, um die Verantwortlichkeit von der Regierung abzuwälzen. Es wurde ihm daries von sozialdemokratischer Seite bedeutet, daß sein paries Regierungssystem an dieser „Politik des Lavirens“ leide, die Verwirrung schaffe und den ihm unterstellten Behörden gestatte, nach eigenem Ermessen reaktionär zu verfahren.

Als freiwilliger aber recht unglücklicher Vertheidiger des Ministers warf sich der Abg. Georgi auf, der in neuester Zeit den Nationalliberalen die Sympathie der Regierung durch allerlei Diebstahle zu erwerben sucht.

Natürlich stimmten die Sozialdemokraten gegen den Beschluß der Deputation, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Für die Bahnhofsbauten in und um Dresden wurden abermals über 4 Millionen Mark am 24. Januar anstandslos bewilligt, womit die bis jetzt bewilligte Summe auf circa 58 Millionen Mark gestiegen ist, beinahe um das Doppelte höher, als die ersten Veranschlagungen vorspiegelten. Und die diesmal bewilligte Summe ist sicher nicht die letzte Nachforderung, die gestellt wird, das weiß jeder Abgeordnete. Es läßt sich aber nun auch nichts mehr dagegen thun, wenn der verpöbelte Plan in seiner ganzen verschleierten Anlage nicht unverändert bleiben soll.

— Der Paster Köhlschke hat gegen seine Verurtheilung in Stumm'schen Prozeß die Revision angemeldet. Am nächsten Donnerstag findet der Prozeß der Pastoren Rau, Raumann und Köhlschke gegen den Redakteur der „Konservativen Correspondenz“ wegen Beleidigung statt. —

— Weibliche Fabrikinspektoren. In der ersten badischen Kammer kam am 26. d. M. die Petition des deutschen Frauenbundes um Einlegung weiblicher Fabrikinspektoren zur Verathung. Die Petition wurde gegen die Stimmen einiger Fabrikanten der Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen. Hervorgehoben mag werden, daß Herr Kommerzienrath Scipio aus Mannheim die Anstellung weiblicher Fabrikinspektoren nicht für nöthig hält, da es andere Wege gebe, um die Klagen der Arbeiterinnen an der richtigen Stelle zur Kenntniss zu bringen.

St. Ludwig i. El., 26. Januar. (Eig. Ber.) Wieder ist eine Ordnungshäule geberstet! Der frühere Reichstags-Weber in St. Ludwig (El.) der bis zum Tage seiner Festnahme der Redaktion des hier erscheinenden „Liberalen“ „Obersächsischen Volksfreund“ führte, ist gestern Mittag durch die Gendarmen verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis Mülhausen eingeliefert worden. Er hatte sich in seiner Thätigkeit als Rechtsagent bedeutende Unterschlagungen zu schulden kommen lassen. Weber bezeichnete die Sozialdemokraten in seinem Blatte wiederholt als Lumpen, vaterlandsloses Gesindel, Theiler. Nun hat ihn das Schicksal ereilt. Der eifersüchtige Hammerstein ist in „Nummer Sicher“. —

### Ungarn.

— Die versuchte Vereinigung der Regierungspartei mit der vom Grafen Apponyi geleiteten gemäßigten Nationalpartei ist an dem Widerstande des Ministerpräsidenten gescheitert. Die geforderten Garantien für Unterlassung amtlicher Wahlbeeinflussung wurden verweigert. —

Budapest, 27. Januar. Gegenüber den in der letzten Zeit von mancher Seite aufgestellten Behauptungen, daß die Regierung die Verstaatlichung des gesamten Schulwesens und die Säkularisation der Kirchengüter anstrebe, wird von authentischer Seite erklärt, daß diese Behauptungen böswillige Erfindungen seien. —

Budapest, 28. Januar. Abgeordnetenhause. Abgeordneter Buschbach (liberal) sprach gegen den Antrag des Grafen Eszay und hob hervor, wenn Mißbräuche vorhanden seien, so sei es Pflicht der Regierung, energische Maßregeln zu treffen. Nicht jeder Abgeordnete, welcher sich mit Eisenbahnen beschäftige, sei zu verdächtigen; er protestire gegen eine derartige Auffassung. Der Handelsminister Daniel erklärte, er übernehme die Verantwortung für jeden einzelnen Theil der Vignalbahn-Konzeptionen. —

### Schweiz.

Bern, 28. Januar. Die Gesetzentwürfe des Bundesraths, betreffend die Einführung der obligatorischen Unfall- und Krankenversicherung würden eine jährliche Ausgabe von 7 333 000 Franks zur Folge haben. Der Bundesrath erklärte, daß hierfür die ordentlichen Einnahmen nicht ausreichen; es müssen neue Einnahmen gesucht werden. Das beste sei die Einführung des Tabakmonopols. —

### Frankreich.

Paris, 27. Januar. (Deputirtenkammer.) Hubbard interpellirte die Regierung wegen der Flucht Vitrac Desroziere, welcher bei der durch die Zeitung „La France“ veröffentlichten Liste der 104 Kompromittirten ist. Der Redner führt aus, die Regierung müsse verlangen, daß die Gerichtsbehörden und die Polizei ihre Schuldigkeit thun. Der Abgeordnete Mirman sagt, die Atmosphäre des Argwohn's, die das Parlament umgebe, rühre von der Gemeinschaft mit gewissen Journalisten und anderen Persönlichkeiten her. Da der Redner mehrere Namen nennt, wird er zur Ordnung gerufen. Ministerpräsident Bourgeois erklärt, Vitrac Desroziere habe nicht in Präventivhaft genommen werden können, da es sich um eine einfache Verleumdung gehandelt habe. Der Ministerpräsident erklärt zum Schluß, daß er keine Zeitung subventionire. Hiermit ist der Zwischenfall erledigt. —

Paris, 28. Januar. Bezüglich der Abberufung des französischen Botschafters am Berliner Hofe, Herbet, wird in unterrichteten politischen Kreisen behauptet, daß dies infolge seines leidenden Gesundheitszustandes geschehe. Der Rücktritt werde jedoch nicht vor dem Sommer zur Ausführung gelangen. Andererseits wird der Rücktritt Herbet's damit begründet, daß der Botschafter bereits zehn Jahre als solcher in Berlin weile und als Dozent des diplomatischen Korps am Berliner Hofe bei manchen offiziellen Gelegenheiten das Wort ergreifen müsse, was zu Unannehmlichkeiten führen könne. —

— Beim Wettkriegen vor Rußland scheint Frankreich auch unter dem radikalen Kabinet Bourgeois den Vorrang behaupten zu wollen. Für eine Deputation zur Krönungsfeier des Zaren verlangt das Kabinet einen Kredit von nicht weniger als 975 000 Fr. —

— Die Arbeiter-Glashütte von Carmaux hat die Hoffnungen unserer Feinde nicht erfüllt — sie hat die Arbeiter nicht gepalpen. Die Differenzen, zu denen der bekannte Schiedspruch Anlaß gab, waren, wie das von vornherein für uns feststand, ganz unerheblicher Natur. Der Beweis hierfür liegt jetzt vor in der bereits telegraphisch mitgetheilten Wahl von Carmaux. Dort galt es, an stelle des schänderweise gemordeten Calvignac einen anderen Maire und Generalrath zu wählen. Die Gegner setzten Himmel und Hölle in Bewegung, um den Sozialisten das Mandat zu entreißen und jener Schiedspruch wurde weiblich ausgenutzt. Herr Messignier und seine Myrmidonen arbeiteten Tag und Nacht fieberhaft. Ihr Kandidat, ein Herr Sudre, hatte die Unterstützung der meisten Beamten. Der sozialistische Kandidat, Soulié, wurde mit Stoth demorirt. Alles umsonst. Vorigen Sonntag fand die Wahl statt und die Arbeiter von Carmaux blieben sich selbst treu und der sozialistische Kandidat wurde mit großer Majorität, mit 1907 gegen 1567 Stimmen gewählt.

Und die Arbeiter-Glashütte reißt langsam aber sicher der Verwirklichung entgegen. Der Sieg des vorigen Sonntag wird die vorbereitenden Arbeiten beschleunigen und das Werk zu rascherer Vollendung bringen.

— Auf verschiedenen französischen Universitäten wird jetzt von Studenten der Medizin gegen die ausländischen Studenten gehetzt, die auf französischen Universitäten Medizin studiren. Man verlangt, daß keine Studenten zugelassen werden, die nicht eine den französischen Anforderungen entsprechende Reifeprüfung bestanden haben; und daß kein Ausländer das Recht haben soll, in Frankreich die ärztliche Praxis auszuüben, der nicht naturalisirt ist und nicht der französischen Militärpflicht genügt hat. Es scheint uns bei dieser „Bewegung“ weniger Chauvinismus vorzuliegen, als Brotweid, welcher der Jugend Befehlers schlecht ansteht. —

— Ueber Leo Fränkel's Befinden waren in den letzten Tagen sehr ungünstige Nachrichten verbreitet. Wir sind in der glücklichen Lage, auf grund authentischer Information, unsere Genossen beruhigen zu können. Fränkel befindet sich zwar noch im Hospital, aber er ist in der Convaleszenz; und geht die Genesung auch nur langsam vorwärts, so erwarten doch die Aerzte, die ihn mit peinlichster Fürsorge behandeln, seine vollständige Wiederherstellung. —

— Ein neues Panama? Von einer vorgestern bei einem gewissen Edwards vorgenommenen Handlung erwartet man den Ausbruch eines neuen großen Standals, der diesmal die tonkinensischen Opiumpacht-Konzeptionen betrifft. Genauere Meldungen über diese Angelegenheit liegen noch nicht vor, die Pariser Blätter begnügen sich vielmehr mit sehr kurzen Angaben der Thatsache. —

— In Carmaux fand am 26. d. M. in 2. Wahlkreise eine Generalrathswahl statt. Von den 4446 eingeschriebenen Wählern stimmten 3503. Der sozialistische Kandidat Soulié wurde mit 1907 gegen 1567 Stimmen gewählt, welche der Republikaner Dr. Sudre erhielt. Bei den Sozialisten herrscht wegen dieses Ergebnisses große Freude. Die sozialistische „Petite République“ drückt dieselbe mit den Worten aus: „Bravo! Carmaux hat seine Schuldigkeit gethan und die sozialistische Partei kann und muß stolz sein auf dieses Resultat, denn sie hat den Anstrengungen der vereinigten reaktionären Meute Widerstand zu leisten genügt. Der Sieg der Sozialisten bedeutet die vollkommene Niederlage des Baron de Reille und Messignier's. Hieron werden sie sich nicht sobald erheben! Hoch die soziale Republik! Hoch Carmaux!“ —

Madagaskar. Der Ministerrath beschloß, im Parlament ein Gelbbuch über den neuen Vertrag mit Madagaskar zu vertheilen, sobald von dort die vollständigen Nachrichten eingetroffen wären. Die Regierung wird zu gleicher Zeit den auswärtigen Mächten Mittheilung über die Besitzergreifung Madagaskars durch Frankreich machen. Uebrigens berichten Londoner Blätter aus Madagaskar von einem Aufstande der Eingeborenen gegen die Popen im Districte Vatomandry. Ein norwegischer Händler Namens Engle und mehrere Popen-Offiziere wären gelbdt worden. Der Aufstand gewinnt täglich an Ausdehnung. Die Franzosen werden offenbar noch manche Arbeit zu leisten haben, ehe ihr Besitz in Madagaskar gesichert ist, wie das mit kolonialen Erwerbungen so der Fall zu sein pflegt. —

### Belgien.

— Die sozialistische Bewegung im Meer hat den Kriegsminister veranlaßt, an die Regiments-Kommandanten Befehle ergehen zu lassen. —

### England.

— Ein schwerer Grubenunglück hat sich, wie wir schon gestern kurz mittheilten, wieder in dem Carlisse Kohlendistricte in England ereignet. In einer Grube bei Tylorstown wurden infolge einer Explosion beinahe 90 Bergarbeiter verthätigt; die energisch betriebenen Rettungsarbeiten forderten 33 Bergleute noch lebend heraus, aber 55 werden als verloren betrachtet. Die letzten Depeschen melden, daß bis jetzt bereits 80 Leichen geborgen sind. —

### Italien.

— Die Geschichte der Reibelgewehre. Die offizielle „Riforma“ hat es nun doch für gut befunden, die Nachricht wegen der Reibelgewehre, mit welchen die Abessynier bewaffnet sein sollten, zu dementiren, ebenso eine Anzahl anderer offizieller und Regierungszeitungen. Man schreibt, daß die Regierung an General Baratieri telegraphirte, um zu erfahren, was denn wahres an der von Adolff Rossi im „Corriere“ gebrachten Notiz sei, daß die Soldaten von Maconnen mit Reibel-

gewehren bewaffnet seien. Darauf erwidert der General Barattieri, daß in der Umgebung des Forts Malafie eine Anzahl Gewehre französischen Fabrikats, aber keine Lebelgewehre erbeutet wurden.

### Spanien.

Die Bekämpfung des Aufstandes auf Kuba kostet den Spaniern außer den vielen Menschen, die dem Fieber, den Strapazen und den Waffen der Aufständischen erliegen, täglich eine Million Pesetos, deren Aufbringung bei der traurigen Finanzlage des Landes außerordentlich schwierig ist. Die spanischen Staatsmänner zerbrechen sich denn auch weidlich den Kopf darüber. Im Ministerrathe berieten sie über eine Anleihe von 50 Millionen und die Mittel dazu, sowie über die Einführung einer Kriegsteuer für Kuba. Die Vorlage wird der Gegenstand neuer Beratungen werden. Ministerpräsident Canovas del Castillo erklärte, er werde die Kammer im geeigneten Moment einberufen. Da wird die Weisheit der Staatslenker auf ein neues Anziehen der Steuerschraube verfallen, fragt sich bloß mit welchem Erfolge.

### Rußland.

12./24. Januar. (Eig. Ber.) Es sind weitere Verhaftungen zu melden. Bis jetzt sind folgende Namen bekannt geworden: Ingenieur Bogatirew, Dr. med. Pachowsky, Stud. tech. Ponomarew, Murovom, Malshensky, Stud. med. Nikitin, Bogarabze, Tschelarew, der frühere Student Zederbaum und die Arbeiter: Babudkin, Lebedew, ein anderer Lebedew, Schwelcow, Ewom, ferner drei andere Personen, deren Namen ihr Korrespondent nicht in Erfahrung bringen konnte. Diese Verhaftungen fanden am 16., 17. und 18. Januar statt. Außerdem ist ein eigenartiger Vorfall, welcher auch mit einer Verhaftung endete, zu verzeichnen. Ein eben ernannter Fabrikinspektor Maschanow wurde aus dem Gouvernement Wladimir von dem Departement für Handel und Manufaktur nach St. Petersburg zitiert und nach einer Unterredung mit dem Chef des Departements seines Amtes enthoben. Am 10. Januar wurde er verhaftet.

In meiner Korrespondenz vom 18. Januar habe ich schon berichtet, daß in den ersten Neujahrstagen (alten Stils) von der sozialdemokratischen Organisation unter den St. Petersburgern Arbeiter ein Aufruf in Massen verbreitet wurde. Außerdem wurden mehrere andere Schriftstücke verbreitet, aus denen wir eine kurze aber sehr zutreffende Auseinandersetzung ersehen — über die Frage: „Was ist ein Sozialist und politischer Verbrecher?“ Das Auktuelle und die Erfolge der sozialistischen Agitation haben die Aufmerksamkeit nicht nur der Polizei sondern auch des Finanzministeriums, welchem bei uns die Fabrikaufsicht unterstellt ist, auf sich gezogen. Die Polizei und das Finanzministerium suchen auch in ihrem Sinne die Arbeiter darüber zu belehren, was die sozialistische Agitation bezweckt. Es wurde mir erzählt, daß ein Polizeikommissar den Werkmeister einer großen Maschinenfabrik anforderte, seine Arbeiter zu versammeln, damit er (der Polizeikommissar) dieselben über die Agitation belehere. Bezeichnenderweise antwortete der Werkmeister, daß eine solche „Rede an das Volk“ dem Vertreter der Polizei das Leben kosten könne. Das Finanzministerium hat, wie man mir versichert, zwei Zirkulare erlassen, deren Entschiedenheit die neuesten Thatsachen der Arbeiterbewegung zurückzuführen ist. Ein Zirkular geht von dem Departement für Handel und Manufaktur, das andere direkt vom Finanzminister aus. Im letzteren wird den Fabrikinspektoren eingeschärft, daß es ihre Pflicht ist, der sozialistischen Agitation entgegenzuarbeiten. So ruft unsere Agitation eine Gegenagitation hervor. Ich glaube kaum, daß unsere Regierung in diesem „Kampfe mit geistigen Waffen“ viel Erfolg ernten wird.

In Odessa haben die Verhaftungen im vergangenen Sommer eine tiefgehende und ziemlich gut organisierte Arbeiterbewegung aufgedeckt. Während 1 1/2 Jahren fanden regelmäßig in einem Restaurationstokale Versammlungen von 150—200 Arbeitern statt. Es wurde auf diesen Versammlungen ein „Programm der sibirischen Arbeiter“ diskutiert und angenommen. Dieses Programm wurde später auch abgedruckt. Es betont mit großem Nachdruck die unbedingte Notwendigkeit der politischen Reformen für die Fortschritte der Arbeiterbewegung. Die Polizei kam doch schließlich hinter diese Versammlungen und verhaftete eines Tages ungefähr 200 Mann, welche in der Wirklichkeit verhaftet waren. Die Verhafteten sind — bis auf einzelne Ausnahmen — Arbeiter. Sie werden jetzt angeklagt wegen „Gründung einer secte, Theilnahme an einer geheimen Verbindung zum Zweck der Agitation unter den Arbeitern mit geschlichen und ungeschlichen Mitteln.“ Selbstverständlich werden die Angeklagten nicht vor Gericht gestellt werden, sondern auf administrativem Wege verschickt resp. eingesperrt werden.

Das Komitee für Volksbildung in Petersburg wurde von dem Minister der Volkswirtschaft, welchem es vor kurzer Zeit untergeordnet worden ist, aufgefordert, bis die Revision der Statuten des Komitees, welche vom Ministerium vorgenommen wird, vollendet ist, alle Sitzungen dem Ministerium anzumelden mit Mitteilung der Tagesordnung derselben. In der darauffolgenden Sitzung des Komitees vom 4. Januar ging von sämtlichen Mitgliedern des Vorstandes wie auch aller von dem Komitee eingesetzten Kommissionen die Mitteilung ein, daß sie ihre Komittees niederlegen.

### Bulgarien.

Sangen und Bangen. Es bestätigt sich, daß Ministerpräsident Stojlow Freitag Abend im Klub der Nationalpartei erklärte, er könne versichern, daß die Zeremonie des Uebertritts des Prinzen Boris zum orthodoxen Glauben noch im Laufe dieser Sobranje-Session, welche am 30. Januar alten Stils zu Ende geht, stattfinden werde. Der Ministerpräsident richtete an die Präsesen ein Mundschreiben, in welchem er denselben mitteilt, daß demnach die Zeremonie des Uebertritts des Prinzen Boris stattfinden werde und daß sie hieron die Bevölkerung in Kenntnis setzen sollen, damit sich dieselbe zur eventuellen Theilnahme an der Zeremonie bereit halte. In den Kreisen der Sobranje-Majorität wird die offizielle Theilnahme Russlands an der Zeremonie für sicher gehalten. Aber auf der anderen Seite wird aus Rom gemeldet, daß der Papst den Fürsten Ferdinand von Bulgarien empfind und demselben gegenüber seine bereits früher gegebene Antwort wiederholte, daß der „Uebertritt“ des kleinen Boris zum orthodoxen Glauben nicht gestattet werden könnte.

Ueber die Verhandlungen Ferdinands mit dem Papste wird noch gemeldet, daß nachdem der Papst trotz mannigfacher und hochstehender Einflüsse seine Zustimmung zur Umtauschung des Erbprinzen Boris verweigert habe, Fürst Ferdinand nunmehr wenigstens erreichen will, daß der Papst von einer Exkommunikation Abstand nehme, unter Hinweis darauf, daß die Umtauschung des Thronfolgers eine Staatsnotwendigkeit und unvermeidlich sei.

### Türkei.

Die Finanznoth der armen Türken nimmt allmählig einen Grad an, der beinahe humoristisch berührt. Seit langer Zeit sind die Gehälter der Beamten und die Löhnungen der Soldaten nur theilweise oder garnicht bezahlt worden, ganze Bataillone der einberufenen Rekruten mußten wieder entlassen werden, weil es an den nöthigen Unterhaltsmitteln gebrach. Gestern ordnete nach einer Meldung des „Neuerischen Bureau“ aus Konstantinopel eine Trabe die Entnahme von 120 000 Pfund aus der Beamtenkasse unter dem Titel einer Anleihe an, um den dringenden Bedürfnissen des Staates gerecht zu werden. Die Frage ist nur, ob in dieser „Beamtenkasse“ überhaupt noch Geld vorhanden war!

### Amerika.

Washington, 27. Januar. Das Repräsentantenhaus nahm die Resolution des Senats hinsichtlich der armenischen Frage an.

### Kuba.

Eine amtliche spanische Depesche aus Havannah meldet, daß Oberst Molina 600 Aufständische unter dem Befehl von Biemenido schlug und sich des Lagers der Aufständischen in Guanaja in der Provinz Pinar del Rio bemächtigte. Die Aufständischen hielten einen Personenzug an und verbrannten alle Waggons.

Daß die Unterstützung der Aufständischen durch die Amerikaner noch immer andauert, beweist folgende Meldung aus Washington: Die Kreuzer „Haleigh“ und „Montgomery“, die Jolffahrzeuge „Morris“, „Melane“ und „Collar“ haben den Befehl erhalten, den Dampfer „Hawkins“ zu verfolgen, der mit Calixto, Garzia und einer großen Anzahl Flibustier an Bord Philadelphia verlassen hat. Die Verfolgung geschieht auf Befehl des spanischen Gesandten De Dome. Wenn sie den „Hawkins“ nur erst gefangen hätten!

### Es wird geprüffelt.

Jeder, der mit den militärischen Verhältnissen genauer vertraut ist, kennt auch die Schrecken der geheimen Justiz, die im Dunkel verwegener Nächte an den Opfern mißverständlicher Dienstfrevler oder kameradschaftlicher Lüste geübt wird. Wie viele, die im Schlafsaal beim „Kommik“ gehaust haben, kennen nicht die unheimlichen Gestalten, die launlos und tadelnden Schritte der Lagerstätte irgend eines unglücklichen „Kompagnieschweines“ oder eines „Tuchbrenners“ nahen, die Hände wohl bewehrt mit Klopfspeitsche oder Leibriemen. Der Durcheinandertritt des schlaftrunkenen Soldaten um, wenn er die staatsdienlichen Schläge und unter der übergezogenen Decke das klagende Gewimmer des Opfers vernimmt; nur ein dumpfer Rekrut starrt wohl mit schlaftrunkenen Blicken ängstlich auf den unheimlichen Vorgang, um schleunigst durch eine wohlgezielte Ohrfeige an seine „Pflicht“ erinnert zu werden. Das ist etwas, was nur zu oft vorkommt und, dank den besonderen Begriffen, die beim Militär gelten, wohl nicht für erlaubt, aber auch nicht für besonders schlimm gehalten wird. Nur selten dringt von diesen Dingen, die sehr wohl von den direkten Soldatenmißhandlungen durch Vorgesetzte zu unterscheiden sind, etwas an die Öffentlichkeit: wie bei der Rekrute und beim Haberen ist Schweigen Ehrenpflicht der Beteiligten. Und der Geschlagene? Nun, er hat das Recht der Demütigung; aber, wehe ihm, wenn er Anzeige macht; seine Demütigung würde hinfür — sagen wir, unangenehm für ihn verlaufen. Um so größere Aufmerksamkeit verdienen Gerichtsverhandlungen, wie die, welche vor einigen Tagen vor dem Militärgericht in München sich abspielte; sie gestatten einmal einen Einblick in diese Verhältnisse. Wir geben daraus kurz folgendes wieder:

Am 24. November v. J. meldete sich der Rekrut Zimmermann von der 4. Kompagnie des 1. Pionierbataillons in Angolstadt „wegen Herzklöpfens“ zum Arzte. Bei näherer Untersuchung fand nun der Arzt, daß der Körper Zimmermann's an mehreren Stellen Hautabschürfungen und blutunterlaufene Striemen aufwies, die darauf schließen ließen, daß das Herzklöpfen Zimmermann's auf äußere Einwirkungen zurückzuführen sei, weshalb er diesbezüglich Meldung an die 4. Kompagnie erstattete. Vor seinem Kompagniechef gab nun Zimmermann an, daß er in der vorhergegangenen Nacht gegen 12 Uhr von mehreren Personen in seinem Bette überfallen und mit Klopfspeitschen durchgeprüffelt worden war. Von den Tätern hatte er, da ihm jemand die Beiddecke fest über das Gesicht hielt, keinen gesehen und erkannt, wie er auch nicht schreiben konnte.

Die Untersuchung des Vorfalls ergab, daß Zimmermann von vier Unteroffizieren der Kompagnie mißhandelt war, die am Sonnabend, den 23. November v. J. abends in der Unteroffiziers-Speiseanstalt, wo sämtliche Unteroffiziere auf höhere Befehl alle Sonnabend-Abende zur Pflege des kameradschaftlichen Geistes sich zu versammeln haben, bereits den Plan mit einander berieten und den Entschluß faßten, den Rekruten gemeinsam ordentlich durchzuknüeten. Der Beweggrund hierzu bestand nach dem Geständnisse der Angeklagten darin, daß Zimmermann sich einige kleine Verfehlungen hatte zu Schulden kommen lassen, infolge deren vom Kompagniechef für die ganze Kompagnie eine Verschärfung der Appelle angeordnet wurde. Es sollte also der militärischen Erziehung des Zimmermann „nur“ ein klein wenig nachgeholfen werden. Im Laufe des Verhörs bemerkte der die Verhandlung leitende Ober-Auditeur: „Das ist ja eine schöne Wirthschaft; es macht den Eindruck, daß derartige Züchtigungen zur Gewohnheit geworden sind; nur scheint bis jetzt noch keiner angekommen zu sein.“

Bemerkenswerth ist auch die Feststellung, daß Zimmermann erklärt hat: „er würde einen ausdrücklichen Antrag auf gerichtliche Bekräftigung der Angeklagten, wenn ein solcher nothwendig wäre, nicht stellen.“ (Warum? — darum!) Der Gerichtshof verurtheilte die angeklagten Unteroffiziere zu mehrmonatlichen Gefängnisstrafen; als besonders strafschwerend erachtete er die Heimtücke, die bei Ausführung des Ueberfalls sich offenbarte.

So ist der Eingriff geföhnt; aber die kameradschaftliche Lynchjustiz, dieser häßliche Auswuchs des Militarismus, wird — trotz aller Glasse und trotz aller Energie der höheren Vorgesetzten und der Kompagnie-Offiziere — erst verschwinden, wenn das stehende Heer dem Militärsystem Platz gemacht hat.

### Partei-Nachrichten.

#### Quittung.

Für die Familien unserer im Essener Meineidsprozeß verurtheilten Genossen gingen noch bei mir ein: Hanau a. Main, Sozialdemokratischer Verein 27.94. Hanau durch G. P. 2.—, Barmen, Liste 53, 4.—, Durch den Vertrauensmann des 9. hannov. Wahlkreises 14.75. Dortmund, Ungenannt — 50, durch G. Lehmann auf Liste 227 — 70, Liste 246 2.—, Liste 268 4.20. Halle a. S., Sozialdemokratischer Volksbuchhandlung 92.50. Langendreerholz, von den Gemäßigten durch H. 3.70. Von einer Rotte in Kirchwälder 7.30. Summa 159.59. Am 13. Januar quittirt 54 860.76. Gesamtsumme 55 020.35. Den Gekern besten Dank.

#### Wolff. Wunderlich.

Böhm, 27. Januar 1896. Johanniterstr. 10. N.B. In der letzten Quittung muß es heißen: Branzenberg-Böhm Liste Nr. 30 5.30.

Bei der Gewerbegerichts-Wahl in Barmen sind die Kandidaten unserer Partei in der Gruppe Handwerk mit 235 gegen 163 Stimmen und in der Gruppe Industrie, wo Gegenkandidaten nicht aufgestellt waren, mit 1374 Stimmen gewählt worden.

Die Elberfelder „Freie Presse“ schreibt zu dem Ausfall der Wahl: In der Gruppe Handwerk sind fast ausschließlich Handwerker wahlberechtigt. Trotzdem von unseren Gegnern die gewaltigsten Anstrengungen gemacht wurden, ist uns ein Sieg gelungen, wie ihn wohl keiner erwartet hätte. Bei der Wahl vor 2 Jahren, wo wir unterlagen, erhielten wir nur 83 Stimmen, unsere Gegner 118 Stimmen, und jetzt ist das Verhältnis 235 gegen 163. Das Hauptverdienst an dem Erfolg kann die vor einigen Monaten gegründete Organisation der Maurer für sich in Anspruch nehmen. In der Gruppe Industrie haben wir gleich-

falls eine hohe Stimmzunahme gegen die letzte Wahl zu verzeichnen. Vor 2 Jahren erhielten wir 1047 Stimmen, jetzt 1874. Im Ganzen erhielten wir vor zwei Jahren 1180 Stimmen, jetzt aber 1609; mithin eine Zunahme von 429 Stimmen. Bei der Wahl der Arbeitgeber in der Gruppe Handwerk sind wir unterlegen mit 31 gegen 59 Stimmen der Gegner. Durch unser Eingreifen sind unsere Gegner aufgerüttelt worden. Doch welche Mühe mußte noch aufwandt werden, um diese 59 Stimmen aufzubringen!

**Todtenliste der Partei.** In der Sonntagnacht starb in Essen unser Parteiveteran Daniel Eckardt. Er wirkte schon zur Zeit des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins für die Sozialdemokratie und war seit einer Reihe von Jahren Leiter der Bewegung in Essen. Weitergehend als so viele andere, empfahl er den Bergleuten die Schaffung einer Organisation, auf deren Boden erst gewerkschaftliche Erfolge gedeihen können. Allzeit auf dem Posten, wo es die Interessen des Proletariats galt, hat sich Eckardt unter den Parteigenossen ein bleibendes Andenken erworben.

#### Polizeiliches, Gerichtliches etc.

In Breslau hatte der Kreis-Vertrauensmann Ma die Parteigenossen für vorigen Sonntag zu einem geselligen Beisammensein eingeladen. Als das harmlose Vergnügen im besten Gange war, löste die Polizei die „Versammlung“ auf, wohl weil man ein Vieb gefangen hatte, das ihr nicht gefallen haben mag. Der „Einbrecher“ der „Versammlung“ soll nun wegen Vergehens gegen das preussische Gesetz von Versammlungsgesetz vor den Kabi zitiert werden.

In Jserloh n hat die Polizeibehörde eine Aktion gegen den Vorstand des sozialdemokratischen Vereins eingeleitet. Es handelt sich dabei um eine Uebertretung des § 2 des Vereinsgesetzes, die sich der Vorstand soll zu schulden haben kommen lassen. Die Polizeibehörde behauptet nämlich, der Vorstand hätte in letzter Zeit unterlassen, die neuausgenommenen Mitglieder anzumelden; dagegen giebt der Kassirer an, daß er die Anmeldung regelrecht besorgt hat. Da über die Anmeldung neuer Mitglieder eine Bescheinigung behördlicherseits nicht erteilt wird, so steht Behauptung gegen Behauptung.

### Soziale Rechtspflege.

**Der Bismarckrummel und das Reichs-Versicherungsamte.** Hohes Interesse darf eine Entscheidung beanspruchen, welche der I. Senat des Reichs-Versicherungsamtes unter dem Vorsitz des Geheimen Regierungsrathes Dr. Sarrasin fällt. Der bei einer Zeche im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier bedienstete Arbeiter Kampofsky verunglückte am 1. April 1895 gelegentlich des von der Zechenverwaltung veranstalteten Bismarckfests; er wurde beim Abschießen von Böllern verletzt. Die Knappschafts-Berufsgenossenschaft erblickte in dem obwaltenden Umständen keinen Zusammenhang mit dem Bergwerks-Betriebe und lehnte deshalb den Anspruch auf Unfallrente ab. Diefem ist jedoch jetzt die Rente vom Rekrutgericht unter folgender Begründung zuerkannt worden: Das Böllerschießen sei in diesem Falle wohl dem Betriebe der Zeche zuzurechnen. Der Betriebsbegriff umfasse auch alle diejenigen Handlungen und Maßnahmen, deren Veranlassung in den äußeren Existenzbedingungen des Betriebes und seinen Beziehungen zum öffentlichen Leben liege und die für den Betrieb als solchen mit seinen Mitteln oder Arbeitskräften vorgenommen würden. Dazu gehöre u. a. auch das Aufschießen von Böllern, das Veranstalten feierlicher Beleuchtung, sowie das Böllerschließen, sofern damit die Feier öffentlicher Gedentage bezweckt werde. Derartige Feiern seien ja nicht nur auf das persönliche Empfinden der jeweiligen Betriebsleiter zurückzuführen, sondern auch auf die Ueberzeugung, daß es sich für Betriebe einer großen Industrie gestieme, ihren Dank dafür angemessen auszudrücken, daß diese Industrie den Staat und die Fürsorge der staatlichen und anderer öffentlichen Verbände, den sie gebraucht, auch genießt. Dann läge den in betracht kommenden Betriebsleitungen auch daran, ihre Werthschätzung der vorhandenen öffentlichen Einrichtungen zum Ausdruck zu bringen. Bei der Entscheidung dieser Sache habe das Gericht darauf Rücksicht genommen, daß es sich um den Geburtstag des Fürsten Bismarck handelte, d. h. eines Mannes von größter nationaler Bedeutung, dessen Wirken gerade die rheinisch-westfälische Industrie vielen Dank schulde. Ob der Kläger zu dem Abschießen der Böllere von einem Zechenbeamten befohlen oder nur darum ersucht worden ist, sei angesichts der Thatsache, daß er in seiner Eigenschaft als Zechenbeamter dabei betheiligte war, gleichgültig.

### Depeschen und letzte Nachrichten.

Bremen, 28. Januar. (B. T. B.) „Bismarck's Telegraphisches Bureau“ meldet: Nach einer heute hier eingegangenen Depesche hat der Norddeutsche Lloyd-Dampfer „Braunschweig“, am 14. Januar von Bremerhaven nach New-York abgegangen, am 21. Januar auf offener See den englischen Dampfer „Catalonia“ von der Cunard-Linie mit gedrochener Welle angetroffen, ins Schlepptau genommen und hatte nach Punta Delgada gebracht. Der Dampfer „Catalonia“ registriert ca. 4870 Register-Tons brutto, war von Liverpool nach Boston unterwegs und etwa 6 Tage im Schlepptau der „Braunschweig“. Die „Catalonia“ hat an Passagieren 1 erster Kajüte, 37 zweiter und 67 Zwischen-decker.

Wien, 28. Januar. (B. T. B.) Die Eisenwerke beschloffen, die Preise für Stab- und Hohlisen in Oesterreich-Ungarn um 25 bis 35 Kreuzer pro Metertonne zu erhöhen, und zwar je nach Lage des Eisenmarktes.

Graz, 28. Januar. (B. T. B.) Aus Grubina wird ein Grubenunglück gemeldet. In dem Steinkohlenbau der Trifheimer Gesellschaft dortselbst wurden in einem Richtstollen zwei Bergleute verschüttet. Erst nach 26 Stunden gelang es, die Verschütteten wieder ans Tageslicht zu fördern; diese hatten nur geringe Verletzungen erhalten.

Rom, 28. Januar. (B. T. B.) Nach den neuesten Meldungen ist Oberstleutnant Galliano mit seiner Kolonne im Hauptquartier des Generals Barattieri eingetroffen.

Rom, 28. Januar. (B. T. B.) Die „Tribuna“ veröffentlicht in einer besonderen Ausgabe eine Depesche, welche nachträgliche Einzelheiten über die Vorgänge bei Malafie enthält und die bereits gemeldeten Nachrichten in wesentlichen bestätigt. Die Depesche berichtet, daß der Feind bei dem letzten am 18. d. M. unternommenen Angriffe mit Leitern in das Fort einzudringen versuchte. Die Italiener ließen den Gegner ganz nahe herankommen und schloßerten Steine gegen denselben, um den Glauben zu erwecken, daß Mangel an Munition eingetreten sei. Als der Feind sich an dem Fort gesammelt hatte, eröffneten die Italiener plötzlich Schnellfeuer aus den Repetiergewehren und Kartätschen-Geschützfeuer. Der Gegner soll bei diesem Angriffe 1500 Tode verloren haben.

London, 28. Januar. (B. T. B.) Eine Lloyd-Depesche aus St. Michael meldet: Der Cunard-Dampfer „Catalonia“ hat den Schalk gebrochen.

Petersburg, 28. Januar. (B. T. B.) Bezüglich einer angeblich geplanten Mobilisirung der Flotte in Schwabenz Meer wird gemeldet, daß in hiesigen maßgebenden Kreisen davon nichts bekannt sei. Der Jar werde voraussichtlich gleich nach der Krönung einen Abschied nach Odessa machen und dort eine Flottenrevue abhalten, an der auch die freiwillige Kreuzerflotte theilnimmt.

Chicago, 28. Januar. (B. T. B.) Der in der Vorstadt Englewood wohnende Däne Peter Høgaard führte durch Reffen der Gasböhne vor dem Schlafengehen seinen Tod und den seiner Frau und fünf Kinder herbei.

## Reichstag.

25. Sitzung vom 28. Januar 1896. 1 Uhr.

Am Bundesrathstisch: von Bötticher.  
Präsident v. Suol eröffnet die Sitzung um 1 1/2 Uhr.  
Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird fortgesetzt. Die Debatte über die Position „Reichszuschuß zu den Alters- und Invalidenrenten“ und die dazu eingebrachten Anträge Kuer und Hige auf Revision der sozialpolitischen Gesetzgebung war in der Sonnabendssitzung nicht zu Ende geführt worden.

Abg. v. Staudy (D.) sieht sich veranlaßt, auf die Ausführungen des Staatssekretärs von Bötticher noch besonders zu erwidern, wenn auch schon sein Fraktionsgenosse Schall bereits das Einverständnis der Fraktion mit dem Antrag Hige erklärt habe. In der Konferenz, zu der auch er (Redner) zugezogen worden, habe Herr v. Bötticher erklärt, daß von dem jetzigen Markensystem und von dem jetzigen Beweisverfahren nicht abzugehen sein werde. Das müsse bedauern, denn der Reichstag habe sich im Januar 1894 auf einen Antrag von Staudy-Steppuhn fast einstimmig zu der entgegengekehrten Forderung vereinigt. Schwierig sei die Sache ja, aber nicht undurchführbar. Das Neben sei ein durchaus zweckwidriges und veraltetes Verfahren; an seine Stelle müsse das Umlageverfahren für die Alters- und Invalidenrenten treten. Das Beweisverfahren müsse von Grund aus geändert werden. Dann würden auch zahlreiche Millionen an der Ausführung des Gesetzes erspart werden können. Das Gesetz habe in seiner jetzigen Gestalt zu einer schweren Belastung des Grundbesitzes geführt und sei bei dem Bauer der östlichen Provinzen geradezu verhaßt. Der Großgrundbesitzer vertrete noch viel mehr als die Sozialdemokratie die arbeitenden Klassen, nur daß die von ihm vertretenen Arbeiter noch zufriedener sind; wie lange es dauern werde, müsse er allerdings nicht denken. Auch kein deutsches Konservativer würde für einen Zuschlag zur Salzsteuer nach dem Vorschlage Camp zu haben sein; man dürfe also diesen unglücklichen Gedanken nicht den Agrariern in die Schuhe schieben. Wenn Herr Kühn gegen den Abg. v. Kardorff polemisierte, weil dieser nie für das Invalidengesetz gestimmt haben würde, falls er von dem Plane, das Sozialistengesetz aufzugeben, Kenntnis gehabt hätte, so habe er (Kühn) doch gewiß mit seinen Genossen nicht deshalb gegen das Gesetz gestimmt, um die Arbeiterbevölkerung einzulassen.

Staatssekretär v. Bötticher: Das Markensystem ist nichts vollkommenes, und ich bin sehr interessiert für alle Vorschläge, die etwas Besseres an seine Stelle setzen wollen. Es wird aufrechterhalten werden in dem revidierten Gesetze nur dann, wenn sich relativ Besseres nicht hat finden lassen. In den Revisionss-Vorschlägen befinden sich verschiedene Punkte, deren Berücksichtigung eine Reihe der hervorgetretenen Mängel von selbst verschwinden lassen wird. Im ganzen gewinnt doch das Gesetz allmählich an Sympathie bei der Bevölkerung; die einmal verheißene Fürsorge für die bedürftigen Klassen kann und wird ja der Gesetzgeber niemals zurückziehen. Der Reichstag und die Gesamtheit der verbündeten Regierungen haben die Pflicht, das Gesetz durch zweckmäßige Verbesserungen populärer zu machen.

Abg. Wachnick (fr. Vg.) spricht sich für den Antrag Hige aus. Der Hauptgrund für die Unpopularität des Gesetzes liege weit weniger in dem Markensystem als in dem damit zum Gesetz erhobenen Zwange. In den sozialdemokratischen Anträgen sei nur der Anfang dessen enthalten, was von gewisser Seite angestrebt werde. Geradezu gefährlich sei der Gedanke, die Beiträge durch Steuern zu decken. Große Bedenken habe auch der Standpunkt des Herrn von Stumm, die Versicherung noch weiter auszudehnen, wenn sie nur möglichst absolutistisch gehalten wird. Herr v. Stumm wolle den Arbeitern auf diesem Wege das Koalitionsrecht wieder nehmen. Dagegen müsse ebenso protestiert werden, wie gegen den wehmüthigen Nachruf des Abg. v. Staudy für das verfallene Sozialistengesetz.

Abg. Gneueccern (nall.): Wir stimmen für den Antrag Hige, wünschen aber nicht, daß daraus ein Präjudiz für unsere Stellung zu der Revisionsfrage im ganzen entnommen werde. Mit der Einführung des Umlageverfahrens könnten wir nicht einverstanden sein, denn das würde ein Zurückschrauben der bisherigen Entwicklung der Gesetzgebung bedeuten. Auf den sozialdemokratischen Antrag können wir schon deswegen nicht eingehen, weil wir die Invalidenrente auch weiter nach der Kombination von Individuallohn und Tagelohn bemessen wollen. Die direkte Verknüpfung von Krankentafeln-Unterstützung und Unfall- resp. Invalidenrente wünschen wir ebenfalls. Im allgemeinen muß man die finanziellen Wirtschaftsergebnisse der Versicherungs-Einrichtungen genau zu übersehen in der Lage sein, um sich über das Maß der thürlichen Reformen klar zu werden. Ich bitte um die Zustimmung einer derartigen Ueberlicht an den Reichstag thunlichst noch vor der dritten Lesung.

Abg. Graf Koon (D.): In der Liebe für die wirtschaftlich Schwachen wird die Rechte von keiner Partei übertroffen, am wenigsten von den Sozialdemokraten, die mit ihrem unausführbaren Antrag wieder lediglich Unfrieden stiften wollen, auch nicht von den jungen Strebern und Schwärmgeister, die sich unter den Christlich-Sozialen bemerkbar machen und damit den konservativen Boden zu verlassen drohen. Das Gesetz leidet aber thätlich an großen Mängeln. Vom Markensystem und von den Kosten der Verwaltung abgesehen, wirkt es deshalb unzuverlässig, weil es den Begriff „Arbeiter“ zu eng faßt und die kleinen Handwerker, Landwirthe und viele andere Kreise wirtschaftlich Schwacher nicht umfaßt. Als Härte wird auch empfunden, daß nur die wirklichen Arbeitgeber beitragspflichtig sind, sodas Millionäre, die sich nur ein paar Dienstmädchen halten, relativ nichts zu leisten haben, während die kleinen Arbeitgeber ohne Vermögen, namentlich die Landwirthe, große und kleine, von denen die ersteren vielfach nur die Verwaltung ihrer Gläubiger sind, schwer von der Beitragsleistung betroffen werden. Radikale Abhilfe brächte nur die Umlage in eine allgemeine Rentenversicherung-Anstalt, der jeder Deutsche von 16. oder 18. Jahre ab beizutreten verpflichtet wäre. Man bräuchte nur Invalidenrenten einzuführen und bei 70 Jahren den Nachweis der Invalidität erlassen. Mit den Gemeindesteuern würden dann sehr einfach vierteljährlich auch die Versicherungsbeiträge erhoben, man bräuchte keine Paläste für die Aufbewahrung der Karten mehr und alle Schwierigkeiten wären beseitigt.

Abg. Singer (Soz.): Nachdem von den verschiedensten Seiten die Behauptung aufgestellt ist, daß wir unseren Antrag wesentlich aus agitatorischen Gründen gestellt haben, halte ich mich doch für verpflichtet, darauf einiges zu erwidern. Wenn der

letzte Vordredner es als ein Prinzip der konservativen Partei hingestellt hat, ein Gesetz, nachdem es einmal Gesetz geworden ist, selbst wenn das gegen das Votum der Partei geschehen sei, hinzunehmen, so hat eine solche konservative Gesinnung sich bei den Handelsverträgen nicht gezeigt! (Sehr richtig! links.) Herr Schall hat neulich betont, daß sich seine Partei in der Fürsorge für die wirtschaftlich Schwachen von keiner anderen übertreffen lasse; wir sind es hier gewöhnt, daß sich ein allgemeines Betteuern erhebt bei irgend welchen Anträgen, bei welchen es sich um die Fürsorge wirtschaftlich Schwacher handelt, aber man sollte sich nicht bloß auf rein platonische Biedererklärungen beschränken, sondern sollte diese auch praktisch zum Ausdruck bringen. Das ist aber der Vorzug unserer Partei gegenüber den anderen. — Herr Schall hat ausdrücklich hervorgehoben, daß es eine besondere patriotische Leistung der Landwirtschaft gewesen sei, wenn sie die Löhne der Alters- und Invaliditätsversicherung auf sich genommen habe, obgleich diese mehr davon gedrückt werde als die Industrie. Gerade die Landwirtschaft hat den hauptsächlichsten Vortheil von der Versicherung. Denn sie gebraucht diese entweder zur Kürzung der Löhne oder zur Erleichterung der Armenlasten. Die Fälle, daß den Leuten ihr Lohn um die Rente gekürzt wird, sind sehr häufig. Wenn die Agrarier sich rühmen, daß sie durch die Versicherung gedrückt werden, so ist das auf keinen Fall richtig. Auch die Staatsverwaltungen fügen ja ihren Arbeitern den Lohn um den Betrag der Rente.

Ich bestreite, daß unser Antrag undurchführbar ist; er deckt sich mit den Wünschen, die in den beteiligten Arbeiterkreisen nach dieser Richtung vorhanden sind. Die bestehenden Klassen müssen bereit sein, die Mittel aufzubringen, die nötig sind, um dieser sozialen Pflicht zu genügen. Wenn die Mehrheit von der Nothwendigkeit der Herabsetzung der Altersgrenze überzeugt ist, dann wird sie auch die Mittel finden. — Wir wollen hoffen, daß die Festigkeit, mit welcher die Konservativen heute eine Erhöhung der Salzsteuer abgelehnt haben, vorhalten wird. — Die Versicherungsanstalten können heute, wenn sie wollen, jeden Anspruch auf Rente zurückweisen und diejenigen Renten, welche zugestimmt werden, entsprechen nicht den tatsächlichen Verhältnissen. Warum soll der Individuallohn nicht als Maßstab genommen werden? Er ist doch der einzig richtige! Der Invalide, der doch immer nach seiner individuellen Leistung bezahlt, der muß sich auf einmal in Vergleich stellen lassen mit den Durchschnittslöhnen, die überhaupt gezahlt werden.

Wir haben seiner Zeit gegen die ganze Versicherungs-Gesetzgebung gestimmt, nicht weil wir gegen das Prinzip waren, sondern weil das, was das Gesetz leistet, uns nicht ausreichend erscheint. Trotzdem sind wir bereit, zur Verbesserung des Gesetzes beizutragen.

Auf die Verhältnisse in England will ich nicht näher eingehen. Die Arbeiterverhältnisse sind dort doch in manchen Beziehungen besser als bei uns. Vor allem haben die Arbeiter dort die volle Koalitionsfreiheit und daher auch bessere Löhne. Herr v. Stumm bestreitet uns das Recht, uns Vertreter der Arbeiter zu nennen. Ich glaube Ihnen, daß auch zu Ihren Wählern Arbeiter gehören, aber trotzdem haben Sie kein Recht, sich auch Vertreter der Arbeiter zu nennen, da die ganze Arbeiterklasse, soweit sie überhaupt politisch organisiert ist, hat in der Sozialdemokratie ihre Vertretung.

Wenn unser Antrag nicht zur Annahme gelangen sollte, so werden wir für den Antrag Hige stimmen, weil wir es für einen Vortheil ansehen, daß die Regierung aus dem Reichstage heraus eine Aufforderung erhält, mit der Sterilität auf diesem Gebiet ein Ende zu machen. Es steht hier gerade so, wie mit der Revision des Unfallgesetzes und doch — wie oft und wie freundlich hat nicht schon der Staatssekretär v. Bötticher das Versprechen gegeben, die Anregungen „in Erwägung zu ziehen!“

Staatssekretär v. Bötticher: Es ist dieser Appell doch ganz unnothig, denn der Reichstag weiß ja, daß er in nicht zu fernem Zeit mit einer Revisionsvorlage befaßt werden wird. Ich wiederhole, daß die Beiträge verdoppelt werden müßten, um die Herabsetzung der Altersgrenze auf das sechzigste Jahr zu ermöglichen. Das ist zur Zeit ganz unannehmlich. Den Wunsch des Abg. Emmerich betr. Berechnung des Aufkommens und der event. Verwendungen beantworte ich dahin, daß im Durchschnitt bis 1900 erforderlich sind 757 Millionen; bei Gehöhrung der Altersrente vom 65. Jahre wären 880, vom 60. Jahre 755 Millionen mehr aufzubringen. Es werden an Ueberzähl 1900 vorhanden sein 382 Millionen + 101 Millionen Reservefonds. Eine Rente von 36 M. jährlich für jede waisenlose Waise für diese 4 Jahre erfordert 113, eine Rente von 60 M. für die Wittve 286, zusammen 349 Millionen. Mit dem disponiblen Betrag würde sich das ermöglichte lassen, aber es wäre dann 1900 alles angezehrt und eine Erhöhung der Beiträge ganz unvermeidlich.

Abg. v. Staudy betont, daß er kein Freund des Gesetzes gewesen sei und nur eine Mobilisation der Ausführung wünsche. Wir würden uns mit Herrn Singer sehr freuen, wenn die Salzsteuer ganz aufgehoben werden könnte (Zwischenrufe rechts), jedenfalls viele auch von dieser Seite, daß die Altersrente auf dem Lande benutzt worden sei, den Arbeitslohn zu drücken, müsse er bestreiten; das sei ganz unwahrscheinlich und beruhe wohl auf Verwechslungen. Die Armenpflege auf den Gütern stehe sehr hoch über derjenigen in den Städten, wie auch in Berlin, sowohl was die Naturalien als auch die Gewährung der Wohnung betrifft. Der industrielle Arbeiter sei keineswegs dem ländlichen Arbeiter, der konservativ wähle, an Intelligenz überlegen, und jener also auch politisch keineswegs diesem als Muster vorzuhalten. Die Sozialdemokratie vertrete allerdings wesentlich die industriellen Arbeiter (Widerspruch rechts), aber nicht die Arbeiterklasse.

Abg. Singer (Soz.): Ich habe nicht die Intelligenz der ländlichen Arbeiter mit derjenigen der industriellen Arbeiter verglichen, sondern aneinandergesetzt, daß wir, die Sozialdemokratie, das Recht haben, uns als die Vertreter der Arbeiter zu bezeichnen, weil die Arbeiter in unserer Partei ihre politische Organisation gefunden haben. Ich habe auch nicht bestritten, daß auch die ländlichen Arbeiter selbständig urtheilende Leute sind, aber ich behaupte, daß ihnen das selbständige Urtheil nicht zührt, weil die politische und ökonomische Macht der konservativen Partei die freie Wahl der Arbeiter unterdrückt. Machen Sie (rechts) doch einmal die Probe auf's Exempel: enthalten Sie sich der Wahlbeeinflussung vom Landrath bis zum Nachtwächter herab und Sie werden sich wundern über die Resultate der Wahlen. Schon jetzt wird es nicht in den Köpfen der ländlichen Arbeiter und die Stichwahlen in Mecklenburg sind symptomatisch und ein Gegenstand der Besorgnis für Sie. Auch die „väterliche Liebe“, die patriarchalische Fürsorge nützt Ihnen nichts mehr.

Der Abg. v. Staudy hat die Armenpflege auf dem Lande als eine bessere hingestellt als die in den Städten. Ich kämpfe seit einem Jahrzehnt für eine erhebliche Verbesserung der Armenpflege in Berlin, aber diese Armenpflege steht thurmhoch über der Armenpflege auf dem

Land. (Zustimmung links, Widerspruch rechts.) Hören Sie das Urtheil derjenigen, welche verdammt sind, in den Armenhäusern auf dem Lande zu wohnen. In der That sind die Schweinefälle der Gutsbesitzer besser als das Obdach der alten armen ländlichen Arbeiter. Die Armenpflege auf dem Lande kann sich in keiner Weise mit derjenigen in den größeren und mittleren Städten vergleichen. Es freut mich, daß der Abg. v. Staudy für eine Aufhebung der Salzsteuer ist. Ich hoffe aber, daß man den Ausfall nicht etwa durch neue indirekte Steuern decken wird, sondern diejenigen besteuert, deren Besitz und Eigentum sie befähigt, die Steuern zu tragen. Ich habe nicht gesagt, daß in allen Fällen die Altersrente an die Stelle des Lohnes trete, sondern, daß in sehr vielen Fällen die Altersrente dazu benutzt wird, um den Lohn der Arbeiter herabzusetzen, und das halte ich aufrecht. Natürlich wird dies Verfahren motivirt mit der geringeren Arbeitskraft der Arbeiter. Der Staatssekretär wird meine Behauptungen auf ihre Richtigkeit prüfen können, wenn er die Zahl und den Umfang derjenigen Renten feststellen ließe, die bereits von der Armenpflege in Anspruch genommen sind.

Abg. v. Stumm (Sp.) bringt in Erinnerung, daß er schon anfangs der 70er Jahre die Aufhebung der Salzsteuer beantragt und allerdings dafür das Tabakmonopol empfohlen habe (Geisterkeit). Daß er gegen die gesetzliche Gleichberechtigung der Arbeiter sei, sei ein Märchen. Gesetzliche Gleichberechtigung und volles Koalitionsrecht seien ohne jede Einwirkung der Gesetzgebung aber nicht dasselbe. Auch die Arbeitgeber hätten kein volles Koalitionsrecht. Er wolle gerade die Freiheit der Arbeiter von dem Terrorismus der Sozialdemokratie (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Bezüglich der Armenpflege auf dem Lande theilt Redner die Ansicht von Staudy's, desgleichen bezüglich der Abnahme der Arbeitskraft bei hohen Lebensaltern.

Abg. Stadhagen: Allerdings könnte auch in Berlin weit mehr für die Armenpflege geschehen, aber als Mitglied der Berliner Armenverwaltung muß ich ganz entschieden bestreiten, daß auf dem Lande mehr geschieht als in Berlin. Jeden Tag fast konnten wir die bittersten Klagen hören über die Armenpflege im Oden, in Schlesien, Pommern und Ostpreußen. Die höchste Armenunterstützung inkl. der Naturalien auf dem Lande ist niedriger als die niedrigste in Berlin. In Berlin werden ungefähr 7 Millionen M. für die Armenpflege ausgegeben, d. h. im Durchschnitt ungefähr 14 M. pro Monat. Im Oden macht man es unter 6 M. ab. Herr v. Staudy sollte statt allgemein Behauptungen Thatsachen für die Richtigkeit seines Urtheils anführen. Herr v. Stumm hat bei seiner ganzen Stellung zum Recht der Arbeiter gar kein Recht mehr, von dem freien Koalitionsrecht der Arbeiter zu reden. Am liebsten möchten die Herren außer den Sozialdemokraten auch die ultramontanen Arbeiter von ihren Betrieben ausschließen, aber sie fürchten die Macht der Ultramontanen. Herr v. Stumm muß gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter sein, denn er braucht möglichst billiges Arbeitermaterial, das für ihn arbeitet und nach seiner Pfeife tanzt. Mit der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages wegen Herabsetzung der Altersgrenze würde der größte Mißstand sanctionirt, daß auch die mehr als 70-jährigen Arbeiter immer weiter leben müssen, wenn sie den Nachweis der Beschäftigung in den letzten drei Jahren vor Erreichung des 70. Lebensjahres nicht führen können. So wie es liegt, hat das Gesetz lediglich den Arbeitern auch diesen Theil der Armenlast aufgebürdet; es giebt Armenverwaltungen, welche die Altersrente einziehen, weil der Empfänger vorher Almosen empfangen hat. Der Ausdruck „Rente“ für diese Bettelgroschen ist überhaupt so unbedeutend wie möglich.

Abg. Hige (Z.): Wir haben den Erlaß des Beschäftigungs-nachweises der letzten drei Jahre für die 70-jährigen ausdrücklich verlangt. Auch die Verbesserung der heutigen niedrigen Invalidenrente ist in unserem Antrage enthalten. Unser Antrag hat Aussicht auf praktische Erfüllung, der andere nicht. Ersparnisse am Militäretat heute durchzuführen, erscheint doch aussichtslos. Die Erhöhung der Invalidenrente ist auch viel wichtiger als die Herabsetzung der Altersgrenze, desgleichen die Erleichterung des Bezuges der Invalidenrente.

Damit schließt die Debatte. Der Titel wird bewilligt, der Antrag Kuer gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt, der Antrag Hige einstimmig angenommen.

Zum Titel „Auswanderungswesen“ erklärt auf Anfrage des Abg. Hammacher (nall.) der Staatssekretär v. Bötticher, daß ein anderweiter Auswanderungs-Gesuchentwurf ausgearbeitet und jetzt dem Kolonialrath zur Begutachtung vorgelegt sei, der in nächster Woche darüber berathen werde. Das Reichsamt des Innern und das auswärtige Amt würden sich alle Mühe geben, die Materie nach Kräften zu fördern.

Zu den Ausgaben für die Kommission für Arbeiterstatistik ergriff das Wort:

Abg. Veibel (Soz.): Die Gewerbe-Ordnung giebt im § 120 dem Bundesrath das Recht, in denjenigen Betrieben, die die Gesundheit besonders gefährden, Einschränkungen zu treffen. Wir verlangen eine allgemeine Maximalarbeitszeit. Die Kommission für Arbeiterstatistik hat nun in den verschiedensten Arbeitszweigen Untersuchungen angestellt, so bei dem Bäckergewerbe, den jungen Kaufleuten, und bei den Kellnern und Kellnerinnen. Mit den Protokollen über die Verhandlungen der Kommission ist das Reichsamt des Innern so sparsam, ja ich möchte sagen so knäuerig gewesen, daß ich kein Exemplar erhalten konnte und hierüber lebhaft Beschwerde führen muß. Ich wünschte, daß diese Drucksachen sämtlichen Mitgliedern des Reichstages zugestellt würden. Ich muß meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß trotz dieser Untersuchungen und trotz deren Resultate noch nichts von Seiten des Bundesrathes geschehen ist. Es werden in den nächsten Tagen sechs Jahre seit der Veröffentlichung der kaiserlichen Erlasse — und was ist bis heute geschehen? Da sind zwar einige Verordnungen erlassen über die Arbeitszeit der jugendlichen Arbeiter u. s. w., aber im übrigen hört es vollständig auf. Die Klagen darüber, daß ein Stillstand auf dem Gebiet der sozialen Gesetzgebung eingetreten sei, sind vollständig berechtigt.

Wenn eine Branche es giebt, welche von der Bestimmung, daß der Bundesrath Verordnungen erlassen kann, profitiren sollte, so ist es zweifellos diejenige des Bäckergewerbes. Gegen einen Maximalarbeitszeit in diesem Gewerbe haben die Meister stets mit einer außerordentlichen Hartnäckigkeit und Ungebierigkeit gekämpft. Unter denjenigen Bäckereibetrieben, die darauf hin untersucht worden sind, befanden sich 53 pCt. mit weniger als 12 Stunden Arbeitszeit, aber nicht weniger als 28,6 pCt., in denen 12—14 Stunden gearbeitet wird; eine Arbeitszeit von 14—16 Stunden ist bei 13,2 pCt.; vorhanden, eine Zeit von 16 bis 18 Stunden in 3,1 pCt., und über 18 Stunden wird gearbeitet in 0,7 pCt. der Betriebe. Nun ist aber noch zu berücksichtigen, daß die Bäcker des Nachts arbeiten, die Arbeit also besonders anstrengende und gefährliche ist. Eine große Anzahl der Arbeiter arbeitet theilweise nach und von einem Betriebe wird mir berichtet, daß man dort nur mit einem Schurz bekleidet arbeitet.

Es kommt ferner hinzu die Höhe der Temperatur, unter welcher diese Menschen arbeiten. Hier herrschen Verhältnisse, die eines Kulturstaates unwürdig sind. In einer großen Anzahl von Bäckereien tritt nur einmal, und zwar des Sonntags, eine Ruhezeit von höchstens 15 bis 18 Stunden ein. Man hat der Kommission vorgeworfen, daß sie sich heranzunehmen hätte, die Grenzen ihrer Befugnisse zu überschreiten, namentlich hat es die „Post“ ausgesprochen. Die Kommission ist doch am besten in der Lage, bestimmte Vorschläge zu formulieren, und ich meine sogar, daß die Kommission nicht recht daran gethan hat, daß sie es abgelehnt hat, sich auf eine Untersuchung einzulassen, wie die Arbeitsräume beschaffen seien. Untersuchungen auf diesem Gebiete sind nicht allein für die Arbeiter, sondern auch für das konsumierende Publikum von der allergrößten Bedeutung. Wie es mit der Sittlichkeit gerade in dem Bäckereigewerbe aussieht, habe ich schon mehrmals dargelegt und noch vor wenigen Jahren sah sich der „Reichs-Anzeiger“ genötigt, auf Grund gewisser Vorkommnisse bekannt zu machen, daß es nicht unbekannt geblieben sei, daß die Werkstätten von Genußmitteln, die Brot- und Kuchenbäckereien, Konditoreien theilweise als Schlafstellen für die Gehilfen benutzt wurden u. s. w., daß die Regierungspräsidenten angewiesen seien, Untersuchungen hierüber anzustellen und nöthigenfalls geeignete Mittel dagegen zu ergreifen. Das Material, was die Herren zusammengebracht haben, ist der Dessenlichkeit vorzuziehen worden; es muß ein recht trauriges gewesen sein. Für den Antrag Rauh hat man angeführt, daß die Brotvertheuerung dadurch beseitigt werden könnte, daß man die Bäckereien monopolisirte, und um diesem Plan den Weg zu bahnen, bezog man sich auf die jetzigen Zustände in den Bäckereigewerbe-Berufen. Da hat denn ein Mann, der eine agitatorische Absicht nicht gehabt haben kann und der fern ist von dem Verdacht, Sozialdemokrat zu sein, angeführt, daß die gegenwärtige Proterzeugung nicht bloß ekelhaft, sondern auch sanitätswidrig und eine Schande für das Jahrhundert sei. Der Rektor Schmid in Köln hat, da die Bäder sich nicht auf dem Unterricht insolge der Tag- und Nachtarbeit betheiligen können, eine besondere Abtheilung für den Unterricht der Bäckerlehrlinge eingerichtet und gibt über diese an: sie ständen geistig tiefer, erschienen abgekümpft, sie seien nicht im Stande, dieselbe Aufmerksamkeit den Unterrichtsgegenständen entgegenzubringen, wie die Angehörigen anderer Berufsklassen. — Die meisten Bäder sind mit der Bäckerküche behaftet und während anstehende Geschlechtskrankheiten sich bei anderen Klassen zu 1 pCt. finden, trifft man sie bei den Bäckern mit 8 pCt. Es ist eine wichtige Aufgabe des Staates, hier einzugreifen. Die bloße Einschränkung der Arbeitszeit genügt nicht, um diese ekelhaften Zustände zu beseitigen. Die Betriebe müßten einer sorgfältigen Kontrolle, und zwar nicht durch die Fabrik-Inspektoren, die schon überhäuft sind, sondern durch besondere Bäckerei-Inspektoren unterworfen werden. Unter den Meistern giebt es freilich auch weise Raben: einer hat angegeben, daß er mit seiner neunzehnjährigen Arbeitszeit die gesammte Konkurrenz aus dem Felde geschlagen habe. Im Vorstand der Bäckerei-Zunftung hat am 19. April vorigen Jahres ein Meister erklärt: Ich schlage Ihnen vor, im Falle, daß die Arbeitszeit eingeschränkt werden sollte, sich sofort in einer Zimmereingabe an den Kaiser zu wenden und keine Mühe noch Kosten zu sparen, denn es steht hier viel mehr auf dem Spiel als die Kosten betragen. (Hört! hört! links.) Wie weit ist nun die Sache im Bundesrath gediehen? Es ist ja bekannt, daß der Vorsitzende der Kommission für Arbeiterstatistik, Herr v. Kollenburg, in Pension gegangen ist. Darüber liefen allerlei Gerüchte um. Es hieß: man habe ihn allmählig hinausgedrückt, weil er es zu ernst gemeint habe mit der Sozialreform. Wenn man damit die Programmrede des jetzigen Reichskanzlers

vergleicht, so scheint er doch weniger Interesse für die Sozialreform zu haben, als sein Vorgänger, der Graf Caprivi.

Der Betrieb des Omnibus- und Pferdebahnbetriebes müßte ähnlichen Untersuchungen unterzogen werden. Eine Hauptaufgabe der Kommission würde es auch sein, die Verhältnisse der Arbeiterinnen zu untersuchen. Nehmen Sie die Sachen nicht leicht, die Zustände sind außerordentlich traurig. Aber auch das öffentliche Wohl steht auf dem Spiel. Weit aus der größte Theil der weiblichen Kleidung, der Kinderkleider, der Wäsche wird von Arbeitern und Arbeiterinnen in Kämmligkeiten angefertigt, welche aller Menschlichkeit Hohn sprechen, in Wohnstuben, die zugleich als Schlafstuben, Küchen dienen, wo kranke Kinder liegen. Auf diese Weise werden Diphtherie, Scharlach und andere Krankheiten und Strankheitskeime weiter getragen. Das bestätigt auch das Zeugnis des Dr. Knopf in Weimar. Was helfen dem gegenüber alle hygienischen Maßregeln in den Gemeinden und im Staate? Damit man nicht sagen kann, die Kommission überschreite ihre Befugnisse, würde ich vorschlagen, sie nicht mehr „Kommission für Arbeiterstatistik“, sondern „Kommission für die Untersuchung der Arbeiterverhältnisse“ zu nennen; sie hätte dann auch über die Wohnverhältnisse, über die Wohnungsverhältnisse der Arbeiter Untersuchungen anzustellen.

Namentlich muß mit dem sogenannten Sweating-System (Schwitzsystem) gründlich ausgedrückt werden; das könnte dadurch geschehen, daß von den Behörden die gegenwärtigen Arbeitsräume genau untersucht würden, und wenn diese gesundheitsgefährlich seien, was sich zweifellos herausstellt, vielleicht durch Gesetz darauf gedrungen wird, daß Betriebswerkstätten eingerichtet würden. Die Leute geben sehr gern die vielgerühmte Selbstständigkeit und Freiheit auf, um endlich einmal in menschenwürdigen Arbeitsräumen zu kommen. Ein Hauptvortheil der Großindustrie besteht darin, daß in den Fabriken viel mehr für Einrichtungen der Hygiene, genügende Ventilation der Arbeitsräume u. s. w. Fürsorge getroffen ist. Von Seiten der Regierung muß in diesen Dingen mehr geschehen als bisher. Wenn Sie der Sozialdemokratie wirklich Gehalt thun wollen, dann müssen Sie sozialdemokratische Maßregeln einführen, welche die Arbeiter zufriedener stellen. Wir verlangen ja nichts Ungehörliches; es kann und muß erfüllt werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich kann mich dem Wunsch schnellerer Förderung dieses Zweiges der geschäftlichen Fürsorge nur anschließen. Es bestehen hier noch sehr große Mißstände. Die Kommission ist ja die Frucht dieser Erkenntnis seitens der Regierungen und des Reichstages. Aber die Ausführung der Gedanken erfordert Zeit und Vorbereitung. Die Kommission hat umfassende Arbeit gehabt; daß ihre Beschäftigung zuletzt geringer war, lag lediglich an dem schlechten Gesundheitszustande des hochverdienten Leiters, Herrn von Rottenburg, der allerdings deshalb leider den Dienst aufgeben muß, aber nicht etwa von irgend einer Seite herausgedrückt worden ist. Von den Protokollen stehen übrigens 50 oder 100 mehr gern zur Verfügung. Der Bundesrath ist im Besitze des Kommissionsberichts; es bedarf natürlich des Antrages von Regierungsvorschiedenheiten, bevor der Sache weitere Folge gegeben wird. Am 15. Dezember hat Preußen dem Bundesrath die Vorlage einer auf die Bäckerei bezüglichen Verordnung zugehen lassen; es wird darüber in einer den be-

rechtigten Klagen abhebbenden Weise Beschluß gefaßt werden. Die Enquete über die Verhältnisse im Handeldgewerbe ist ebenfalls an den Bundesrath gelangt und wird demnächst veröffentlicht werden. Auch bezüglich der übrigen Enquete ist kein Stillstand eingetreten. Die Kommission hat das Recht, Anträge zu stellen, und kann solche auch in die Gestalt von Gesetzesentwürfen kleiden. An der Reichsverwaltung wird es nicht liegen, wenn auf dem Gebiete der Sozialpolitik eine Verzögerung eintreten sollte.

Abg. Bebel: Warum nur 100 Exemplare der Protokolle mehr? Warum nicht für jeden Abgeordneten ein? Sie werden alle untergebracht werden, der Herr Staatssekretär kann ohne Sorge sein (Heiterkeit). Der Herr Staatssekretär ist immer außerordentlich liebenswürdig, schroff ist er nie, er kommt immer nach Möglichkeit entgegen, aber in der Sache da hapert's. Der Worte sind nun genug gewechselt, wir wollen endlich Thatsachen sehen. Gesetze und Verordnungen kann man allerdings nicht so schnell erlassen, wie der Bäcker Brot bäckt, aber die einzige Rücksicht auf einen erkrankten Vorsitzenden reicht doch nicht aus, die Aussetzung der Sitzungen der Kommission auf 13 Monate zu motivieren. Warum hat der Bundesrath nicht hier und auf anderen Gebieten von seinem Verordnungsrecht Gebrauch gemacht? In der Zigarrenfabrikation ist durch eine solche Verordnung das Sweatingssystem zum völligen Verschwinden gebracht worden. Die heutige Ueberwachung des Zustandes der Bäckereien auf Reinlichkeit und Hygiene ist völlig ungenügend, die Fabrik-Inspektion ist nicht zahlreich genug vertreten, und die Polizei hat dazu keine Zeit. Wir brauchen eine besondere Wohlfahrtspolizei. Redner schildert die Zustände in verschiedenen Bäckereien, die geradezu ekelhaft sind. Sogar Dissoids finden sich in Arbeitsstätten. Namentlich in Dresden herrschen grauenhafte Zustände bis heraus zur Hofbäckerei. Nur die Militärbäckerei macht eine Ausnahme. Warum bestehen in Preußen weitergehende und bessere Vorschriften über die Sonntagsruhe im Bäckergewerbe als in andern Einzelstaaten? Was der Durchführung der Arbeiterschutzmaßnahmen am meisten hinderlich ist, ist die tiefe Rücksicht auf die Kleinmeister, diese Stützen des Junizwanges, die von diesen Schutzmaßnahmen irgendwie finanzielle Einbuße erfahren könnten.

Abg. Bachnick: Erkennt sowohl das Verdienst des Vordrängers, als auch die Berechtigung der Einwände der Gegner einer einseitigen Regelung der Frage im Bäckergewerbe auf dem Wege der Verordnung an. Wollte man etwas auf diesem Gebiete thun, so sollte man den Reichstag nicht unbefragt lassen.

Abg. Wollenbuhr (Soz.) giebt Material für die Beurtheilung der Frage der Arbeitszeit in den Bäckereien. Von der Verkürzung würden nur die größeren und größten Bäckereien betroffen und die könnten sie am ersten ertragen. Die von den Bäckereimeistern erhobenen Einwände hätten die Kommission nicht überzeugen können. Vor dem Polizeisozialismus brauche man sich nicht zu fürchten. Es wäre eine nützlichere Beschäftigung für die Polizei, wenn sie hier für die Abstellung von Schwermereien thätig wäre; sie könnte sich damit sehr viel Popularität erwerben. Die Ausgaben werden bewilligt, ebenso diejenigen für das Bundesamt für das Heimathswesen, das Schiffvermessungsamt und die entscheidenden Disziplinärbehörden.

Um 5/4 Uhr wird die weitere Beratung vertagt. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Anträge betr. das Wahlgesetz zum Reichstage und das Vereins- und Versammlungsrecht.)

### Parlamentariliches.

Die VII. Kommission (Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften) bereith einen Antrag (Soz.): Die in Artikel 1 näher bezeichneten Konsumvereine und Anstalten dürfen in unmittelbarem Staatsdienst stehende Beamte des Reichs oder der Einzelstaaten weder anstellen noch beschäftigen. Dergleichen ist es ihnen untersagt in Gebäuden, welche dem Reich oder einem Einzelstaat eigenthümlich gehören, sei es gegen Miete oder unentgeltlich, Räume für ihre Zwecke in Benutzung zu nehmen. Vereine oder Personen, welche dieser Bestimmungen zuwider handeln, werden mit wiederholten Geldstrafen von 150 bis 1000 M. bestraft. Der Antrag wurde mit 5 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Ein Zentrumsantrag zu §§ 20, 89 und 114 die sich auf die Darlehnskassen-Vereine bezieht, besonders die Raiffeisen'schen und deren Petitionen entspricht, wird nach einigen Abänderungen Abf. 1 gegen 1 Stimme, Abf. 2 und 3 einstimmig angenommen. In der nächsten Sitzung, den 4. Februar, findet die zweite Lesung des Entwurfs statt.

### Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom 28. Januar, 11 Uhr.

Am Ministertische Dr. Miquel, später v. d. Recke und Kommissarien.

Das Haus tritt in die Tagesordnung ein: Zweite Beratung des Etats; Spezialetat des Finanzministeriums.

Bei dem Ausgabebetitel „Ministiergehalt“ fährt

Abg. Graf Hoesbroich (Z.) Frage über die ungerechte Behandlung des Grundbesitzes bei der Steuerreform.

Minister Dr. Miquel: Es wird sich empfehlen, eine Debatte über die Wirkung des Gemeinde-Abgaben-Gesetzes so lange aufzuschieben, bis wir dem Hause die Denkschrift über die Wirkung dieses Gesetzes mit ziffernmäßigen Belegen vorgelegt haben werden.

Abg. Dr. Arendt (frk.) bittet, im Interesse der Vereinheitlichung unseres Privat-Notenbankwesens auf die Beseitigung des Notenprivilegs zu drängen. Es könnte, wenn man die Reichsbank allein anstrebt, sich damit eine bedeutende Einnahmequelle für das Reich schaffen lassen. Weiter bittet Redner den Finanzminister, seinen Einfluß geltend zu machen, um eine Förderung des Cheekverkehrs zu bewirken.

Regierungskommissar Ministerialdirektor Meinecke: Die Regierung hat stets auf Beseitigung des Notenprivilegs der Privatbanken gedrängt; gegen die Aufhebung dieses Privilegs der Frankfurter Bank sind von der Regierung Bedenken erhoben worden. Auch über den Cheekverkehr gehen die Meinungen auseinander; es hat sich bei dem Versuche ein Cheekgesetz zu entwerfen.

Abg. v. Cynern (nl.): Die völlig unvorbereiteten Anfragen Arendts können wir heute nicht erschöpfend diskutieren, denn sie betreffen die Interessen Preußens nicht allein, sondern auch anderer Einzelstaaten. Bei einer Förderung des Cheekverkehrs dürfte Herr Arendt in seiner Vorliebe für das Silber sehr gekränkt werden.

Nach einer kurzen polemischen Auseinandersetzung zwischen den Abgg. Dr. Arendt und v. Cynern wird der Titel „Ministiergehalt“ bewilligt.

Bei dem Titel „Oberpräsidenten etc.“ regt der

Abg. Bräse (L.) die Aufhebung der zweiten Kreissekretäre an, da die Stellung des Kreissekretärs eine Art Vertrauensstellung auch für das Publikum sei und das Vorhandensein eines zweiten Sekretärs zu mancherlei Unzutrefflichkeiten führe.

Minister v. d. Recke: Die zweiten Kreissekretäre sind nur eine Art Uebergangsstellung, die von selbst verschwinden wird. Uebrigens will ich die Anregung des Vordrängers im Auge behalten.

Auf eine Anregung des Abg. Gothein (fr. Bg.), der um eine Besserstellung der mittleren Polizeibeamten bittet, erwidert Regierungskommissar Geh. Rath Lehnerdt, daß eine allgemeine Aufbesserung der mittleren Beamten beabsichtigt werde; die Bevorzugung einer einzelnen Beamtenklasse sei nicht angängig.

Abg. Nicker (fr. Bg.): Um eine Bevorzugung handelt es sich hier nicht; die Polizeibeamten in größeren Städten haben größere Aufgaben zu erfüllen.

Reg.-Kommissar Lehnerdt: Wir haben es wiederholt erlebt, daß nach der Erhöhung einzelner Beamtengehälter sofort ganze Klassen der Beamten aus gleichen Gründen Gehaltserhöhung fordern.

Die Abg. Wallbrecht (nl.) und Webekamp (fr. Bg.) sind für die Erhöhung der Gehälter, ebenso Abg. v. Puttkamer-Blau (L.), der auch die auffallende Inkonsistenz in der Gehaltsbemessung dieser Beamten anerkennt, aber wegen der Folgen, die eine Besserstellung nach sich ziehen würde, doch nicht ohne Bedenken ist.

Auf eine Anregung des Abg. Bartels (L.) erwidert der Minister des Innern v. d. Recke, daß er die Erhöhung der Zahl der Regierungsräthe in wohlwollende Erwägung nehmen wolle.

Minister Dr. Miquel anerkennt, daß die Zahl der besoldeten Assessoren gegenwärtig gegenüber den Räten eine große ist. Die Frage der Ernennung von mehr Räten soll in Erwägung genommen werden, soweit die Finanzen das gestatten. Vielleicht wäre es gut, wenn das Haus dem Vorgange des englischen und französischen Parlaments folgt und keine Anträge auf Mehrtragungen stellt. (Heiterkeit.)

Abg. Jerusalem (Z.) wünscht Gleichstellung der Richter mit den Verwaltungsbeamten.

Abg. Nicker (fr. Bg.): Die Verweisung auf andere Parlamente trifft nicht zu, denn unser Parlament nimmt eine andere Stellung ein. Uebrigens hat der Abg. Miquel anfangs der 70er Jahre tapfer mitgeholfen, daß der damalige Finanzminister Campansin höhere Mittel für die Volksschule bewilligte.

Minister Miquel: Die Zeiten ändern sich: Die Abgeordneten sind gern geneigt, Ausgaben anzugehen, ohne die erforderlichen Einnahmen zu bewilligen. Gegen die Ausgaben habe ich nichts, wenn nur die Mittel bewilligt würden. Mehr als je beruht heute die Stärke des Staates auf guten Finanzen. Außerdem ist Vereinfachung der Verwaltung nöthig.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) billigt zwar die Forderung Bartels, bekämpft aber das Prinzip eines schnelleren Avancements der höheren Verwaltungsbeamten. Uebrigens sollte man es unterlassen, der Regierung für jede bewilligte Forderung einen besonderen Dank auszusprechen.

Abg. Graf Limburg-Stirum (L.): Die letzte Instanz, die über unsere Wünsche zu entscheiden hat, bleibt immer die Regierung. Der Fehler liegt darin, daß die Mittel im Reich nicht bewilligt werden, wo Herr Nicker und seine Freunde die Bewilligung verhindern.

Abg. Nicker (fr. Bg.): Sie können doch nicht verlangen, daß Sie Ausgaben bewilligen und das Reich Ihnen die Einnahmen besorgt. (Heiterkeit.) Wir sind gern bereit, dahin zu wirken, daß die Reichs- und Staatsfinanzen selbständig jede für sich geordnet werden. Durch Vereinfachung der Verwaltung können große Ersparnisse erzielt werden; wir wollen weniger, aber besserbezahlte Beamte beschäftigen.

Finanzminister Dr. Miquel: Reichs-Finanzreform ist dringend nöthig. Wir verlangen keine Mehrerinnahmen vom Reich, wohl aber die Summen, die wir früher vom Reich erhalten haben und auf die wir dauernde Ausgaben gegründet haben.

Bei der Ausgabe-Position „Sächliche Ausgaben“ fährt Abg. v. Cynern (natl.) aus, daß Preußen dem Reich und zwar der Postverwaltung eine Subvention von 22 Millionen in Gestalt der freien Eisenbahnbeförderung zuwendet. Man sollte darauf Bedacht nehmen, dies Verhältnis zu ändern, da das Reich keine Verpflichtungen gegen die Einzelstaaten auch nicht erfüllt.

Der Rest des Etats des Finanzministeriums wird genehmigt. Es folgt der Etat des Ministeriums des Innern. Bei dem Einnahme-Titel „Strafankalts-Verwaltung“ erörtert Abg. v. Czarlinski (Pol.) den schädlichen Einfluß der Gefangenearbeit auf das Handwerk.

Regierungskommissar Geh. Rath Krohne: Um den schädlichen Einfluß der Gefangenearbeit zu verhindern, sind umfangreiche Maßnahmen getroffen worden, namentlich ist verboten die Anfertigung von Schuhmacher- und Schneiderarbeiten nach Maß.

Abg. Dr. Gerlich (L.): Diese Einschränkung nützt wenig. Namentlich ist die Arbeitsdauer der Gefangenen eine zu kurze im Sommer, wo der freie Arbeiter viel länger arbeiten muß.

Geh. Rath Krohne: Eine längere Arbeitsdauer würde auch eine Vermehrung des Aufsichtspersonals nöthig machen.

Bei dem Titel „Ministiergehalt“ nimmt das Wort der Minister Geh. v. d. Recke: Ich will keine ausführliche programmatische Darlegung machen, sondern nur kurz meine Stellung zur Frage der Wahlreform darlegen. Den Wünschen der Herren, die ein schnelleres Tempo wünschen, kann ich nicht entsprechen. Die Thatsachen für die Beurtheilung der Frage ergeben sich heute, wie schon früher unter dem Grafen Eulenburg, nur ein non liquet. Es finden bezüglich der Wahlergebnisse noch statistische Erhebungen statt. Die eigentliche Wirkung der Steuerreform ist noch nicht klar ersichtlich, so wenig bei den Landtagswahlen, wie bei den Gemeindevahlen; es müssen die statistischen Ergebnisse abgewartet werden, die hoffentlich bis Ende dieses Jahres vorliegen dürften. Die Regierung bittet Sie, nicht zu drängen, die Regierung ist erst entschlossen, die Wahlreform in Angriff zu nehmen; sie will das aber thun auf Grund bestimmter Thatsachen und nicht einen Sprung ins Dunkle machen. (Beifall.)

Abg. v. Czarlinski (Pol.) fährt Frage über die Behandlung der Polen, namentlich über die massenhaften Ausweisungen. Selbst harmlose Zusammenkünfte, wo den Leuten Belehrung erteilt wird, werden verboten.

Abg. Reichardt (natl.): Die Ausweisungen müssen doch unter einem anderen Gesichtspunkt betrachtet werden. Von der Magdeburger Polizei ist das statistische Material bei der Volkszählung mißbräuchlich zu politischen Zwecken verwendet worden, um polnische und galizische Arbeiter abzuschieben.

Reg.-Kommissar Geh. Rath Trott zu Solz: Die Angaben über die in Preußen anwesenden polnischen Arbeiter sind meist übertrieben; die letzte Zählung hat ergeben, daß die Zahl dieser Arbeiter nur eine geringe ist.

Abg. Seyffarth (natl.) bittet um nochmalige Inangriffnahme der Vorlage betr. die Verpflegungsnationen, für welche in den Provinzen Bedürfnis und Interesse vorhanden ist.

Minister v. d. Recke: Ich stehe der Sache sehr sympathisch gegenüber. Nach eingezogenen Erkundigungen aber glaube ich, durch Wiedereinbringung der Vorlage der Sache mehr zu schaden als zu nützen. Einstweilen werde ich mir angelegen sein lassen, dafür zu sorgen, daß diese Anstalten nicht ganz verschwinden.

Abg. v. Liedemann (Bomf.) (fr.) verlangt Arbeits-Erleichterung der Amtsvorsteher und anderer Selbstverwaltungs-Beamten, da diese Leute so überlastet sind, daß ihr Beruf darunter leidet.

Minister v. d. Recke anerkennt den Uebelstand, den er besagt. Jöpfe, die in Bezug auf überflüssiges Schreibwerk bestehen, sollen abgeschritten werden.

Abg. Nicker (fr. Bg.) schließt sich dem Klagen Liedemann's an; durch Beseitigung der zweiten Instanz kann in Verwaltungssachen viel unnötige Arbeit erspart werden. Die Ausweisungen der Polen werden mit unnötiger Härte betrieben. Die amtlichen Kreisblätter treiben einseitige Parteipolitik, namentlich zu Gunsten des Bundes der Landwirthe.

Abg. Dr. Irmer (L.) bittet, das Kommunal-Wahl-

recht möglichst so zu regeln wie das Landtags-  
Wahlrecht, das mit seinem Dreiklassen-System  
gut sei; vielleicht empfehle sich, dies Gemeinde-Wahlrecht nicht  
für alle Städte gleichmäßig zu fixieren, sondern nur die Grundzüge  
festzustellen.

Minister v. D. Neke behält sich ein näheres Ein-  
gehen auf die Kreisblätter-Angelegenheit vor  
und weist nur darauf hin, daß viele sog. Kreisblätter nur amtliche  
Publikationsorgane sind.

Minister Dr. Miquel: Durch die brovi-mann-Ver-  
fügungen könnte ja viel Schreiberei erspart werden; auch zweck-  
mäßige Registratur-Einrichtungen wie z. B. bei den Eisenbahn-  
behörden können dazu beitragen. Schwierigkeit bereiten die Nach-  
prüfungen der Oberrechnungskammer.

Hr. Frhr. v. Erffa (L): Die Klagen über Zunahme des  
Schreibens sind gewöhnlich von den oberen Behörden veran-  
laßt.

Das Ministergehalt wird bewilligt.  
Fortsetzung der Beratung morgen, Mittwoch, 11 Uhr.  
Schluß 4 1/2 Uhr.

## Tokales.

Die Vorwärts-Redaktion in Moabit. Unseren Lesern und  
Mitarbeitern müssen wir mit einem recht wunderbar erscheinenden  
Anliegen kommen. Wir bitten nämlich, etwaige Besuche,  
die uns für Freitag Morgen zugebracht sind, unter-  
lassen zu wollen, da so ziemlich die gesamte  
Redaktion sich um diese Zeit in Moabit befindet.

Es hat der königlich preussischen Regierung gefallen, so weit  
bis zum Dienstag Abend bekannt, sechs Mann aus der  
Redaktion vor den Untersuchungsrichter laden zu lassen,  
damit sie in einer Disziplinär-Ermittelungs-  
Sache gegen „Unbekannt“ Zeugnis ablegen.  
Um welchen Fall es sich handelt, wissen wir nicht;  
die amtliche Zuschrift läßt sich darüber nicht aus, und  
wir können uns nur Vermutungen hingeben. Sollte  
es sich aber, was wohl anzunehmen, um irgend einen Beamten  
oder eine sonst der Behörde unterstehende Person handeln, so  
glauben wir den in dieser Sache interessierten Herrschaften schon  
jetzt sagen zu können, daß die aufgewandte Mühe u. sonst ist.  
Denn das müßte ein schöner Esel sein, der sich in solchen Dingen  
der Redaktion zu erkennen gäbe. Schade also, daß sowohl  
der Untersuchungsrichter als auch wir um ein paar kostbare  
Stunden kommen, die wenigstens, so weit unsere Person in Frage  
steht, wahrlich besser verwendet werden können.

Die Parteigenossen von Pantow werden nochmals dar-  
auf hingewiesen, daß die Wählerlisten zu den im März statt-  
findenden Wahlen zur Gemeinderatswahl nur bis zum 30. Janu-  
ar ausliegen. Die Parteigenossen Bly, Schulze, 15, und  
Karl Hoffmann, Kaiser Friedrichstraße 15, sind bereit, für solche  
Wähler, denen es an Zeit mangelt, die Listen nachzusehen. In  
den ersten Tagen des Monats Februar findet eine Volksversam-  
lung mit der Tagesordnung statt: Stellungnahme zu den bevor-  
stehenden Gemeinderatswahlen.

Die Parteigenossen von Brin werden darauf aufmerksam  
gemacht, daß die Wählerlisten zur Gemeinderatswahl am  
30. d. M. zuletzt im Amtshause während der Dienststunden aus-  
gelegt sind. Parteigenossen, denen es an Zeit mangelt, die Listen  
einzusehen, wollen ihre Adresse und Steuernummer bei Dorn,  
Bürgerstr. 4 abgeben.

Reinickendorf. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß der  
Arbeitsrat zur weislichen Theil (Zegler & Hauffe) kein  
Versammlungslokal zur Verfügung steht. Der Vertrauensmann.

Der Maurergeselle Genosse Hartwig Walter ist am  
25. d. M. im 58. Lebensjahre gestorben. In Walter verliert die  
Partei einen wackeren Genossen, welcher allezeit bereit war, für  
die sozialdemokratische Arbeiterbewegung einzutreten. Den  
älteren Genossen dürfte der Verstorbenen hinreichend aus der  
deutschen Maurergewerkschaft bekannt sein, in welcher er bereits  
in den Jahren vor dem Sozialistengesetz und später, die Klassen-  
geschäfte in musterhafter Weise führte. Die Beerdigung findet  
heute Nachmittag 3 1/2 Uhr von Behnken aus nach dem  
St. Emmaus-Kirchhof statt.

Depeschenzensur. Aus Pilsen erhalten wir eine Zu-  
schrift, wonach ein dortiger Parteigenosse von der Telegraphen-  
verwaltung wie folgt benachrichtigt worden ist: da Berlin, 908  
22 3 40. Laut Artikel 7 des internationalen Vertrages ist Tele-  
gramm Nr. 2219 12 10 p. Adresse Kaiser Wilhelm II. von der  
Verstellung ausgeschlossen worden. — Wie uns noch gemeldet  
wird, handelt es sich um ein Glückwunsch-Telegramm, das die  
Pilsener Sozialdemokraten am Montag zum Geburtstag  
Wilhelms II. abgesandt haben.

Wenn Arbeiter in der Umgegend Berlins ein Ver-  
gnügen abhalten wollen, so können sie sicher darauf rechnen,  
daß es vorher immer einen recht heißen Kampf mit der königlich  
preussischen Obrigkeit kostet. Das sollte auch der Arbeiter-Ver-  
gnügungsverein „Geselligkeit“ zu Friedrichshagen erfahren. Der  
Verein wollte am letzten Sonnabend im Lokal des Herrn Conrad  
zu Friedrichshagen ein harmloses Fest feiern. Zu diesem Zweck  
von einigen Mitgliedern die bekannte Komödie „Der entlarvte  
Spiegel“ einstudiert worden; nach Aufführung des Stückes  
sollte ein Tanzkränzchen abgehalten werden. Die beim Amtsvor-  
steher Klut schon drei Wochen vorher bewirkte Anmeldung des  
Vergnügens hatte zunächst zur Folge, daß vom Vereinsvorstand  
nicht allein das Textbuch des Stückes, sondern auch die  
Statuten und die Mitglieder-Liste des Vereins  
eingefordert wurden. Dann erfolgte am 20. Januar die Ant-  
wort, daß der Spiegel nicht auf die Bühne gebracht werden  
dürfe, auch werde es keine Erlaubnis zum Tanzen geben, und  
was dann noch vom Vergnügen übrig blieb, sollte nur genehmigt  
werden, wenn die zu Gehör gebrachten Vorträge und Konzerte  
in Manuscript eingereicht und die Namen der mitwirkenden  
Personen der Behörde genannt würden. Auf dieses Ver-  
langen konnte der Vereinsvorstand nicht eingehen und es wurde  
daher beschossen, das Vergnügen im Rüggeschlößchen abzu-  
halten, das schon zu Köpenick gehört. Bereits am 21. Januar  
wurde vom dortigen Polizei-Inspektor Jüdel die Erlaubnis er-  
theilt; es war an stelle des „Entlarvten Spiegels“,  
welcher auch in Köpenick beanstandet wurde, „Das  
Schwert des Damocles“ zur Aufführung angemeldet worden.  
Inzwischen aber war die neue That des Arbeitervereins wohl  
dem Friedrichshagener Amtsvorsteher zu Ohren gekommen. Sonn-  
abend Morgen wurde der Vorstand durch ein Schreiben der  
Köpenicker Polizeibehörde überrascht, in welchem stand, daß  
insolge höheren Befehls die bereits ertheilte Tanz- und Konzerte-  
erlaubnis zurückgezogen werde. Auch müsse das Lokal um 12 Uhr nachts ge-  
schlossen sein. Die bereits gezahlte Tanzsteuer war von der  
Behörde mit diesem Schreiben nicht zurückgesandt worden. Von  
einer nochmaligen Abänderung oder Verschiebung des Vergnügens  
konnte in der kurzen Zeit, die noch zur Verfügung stand, keine  
Rede sein, und da auch eine Beschränkung beim Landrat insolge  
Abwesenheit dieses Herrn ihren Zweck nicht erreichen konnte,  
mußte das Fest nunmehr in der von der Behörde beliebten ver-  
stümmelten Form abgehalten werden. Es hatte bei alledem einen  
vollen Erfolg, mochte auch in anbetrachter der Staatsgefährlichkeit  
der gedrängte Saal von etwa acht Gendarmen „überwacht“  
worden sein.

Die städtische Blindenanstalt besteht aus Blindenschule,  
Fortbildungsschule für Blinde und Beschäftigungsanstalt für  
Blinde. 1894/95 waren in der Blindenschule 26 Knaben und  
25 Mädchen, in der Fortbildungsschule und Beschäftigungs-  
anstalt zusammen 44 männliche und 39 weibliche Erwachsene.  
Der Unterricht erstreckt sich auf wissenschaftliche und technisch

Jächer, also Lesen, Schreiben, Rechnen, Gesang, Klavier, Stuhl-  
und Korbflechterei, Strick, Häkel- und Filzarbeiten, Bärchen-  
fabrikation u. s. w. Zur Beschäftigungsanstalt gehören die er-  
wachsenen Jügelinge, die die in der Fortbildungsschule erlernten  
Fertigkeiten selbstständig ausüben. Ihre Arbeit wird bezahlt,  
ebenso die der Fortbildungsschüler, sobald sie genügt und zum  
Verkauf geeignet ist. 1894/95 betamen 73 Personen zusammen  
13 144 M., macht pro Kopf und Monat 15 M. Im Vorjahre  
betrug der Durchschnittsverdienst pro Kopf und Monat 16 1/2 M.  
Der Rückgang ist theils auf Verringerung des Umsatzes, theils  
auf die am 1. April 1894 erfolgte Herabsetzung der Löhne um  
10 pCt. zurückzuführen.

Zerensstatistik. In der Irrenanstalt Dalldorf be-  
fanden sich am letzten Tage des Jahres 1895: 1180 Personen  
(632 Männer, 548 Frauen), in Privatanstalten auf Kosten  
der Stadtgemeinde 471 Personen und in Privatpflege  
191 Personen. — Die Idiotenanstalt besaß am  
31. Dezember 1895: 83 Personen (53 Knaben, 30 Mädchen), in  
Privatpflege befanden sich 42 Knaben und 18 Mädchen. — In  
der Irrenanstalt Herzberge wurden am 31. Decbr. 1895  
1032 Personen (588 Männer, 444 Frauen) verpflegt, in Familien-  
pflege befanden sich 172 Personen, in Privatanstalten 223 Per-  
sonen. — In der Anstalt für Epileptische und Epileptiker  
war der Bestand am 31. Dezember 1895: 635 Personen  
(401 Männer, 234 Frauen). Hierzu sind noch 85 beurlaubte  
Personen zuzuzählen, so daß der wirkliche Bestand sich auf  
720 Personen (452 Männer, 268 Frauen) bezieht. An Kindern  
beherbergte die Anstalt Ende Dezember 1895: 20 Knaben,  
17 Mädchen. Hierzu traten noch 40 beurlaubte Personen. —  
Insgesamt hatte die Stadtgemeinde Ende des Jahres 1895  
4213 solcher Kranken zu verpflegen.

Die städtischen Realschulen (oder höheren Bürger-  
schulen), 11 Anstalten mit 124 Klassen, wurden Ende 1894  
von 4493 Schülern besucht. Ueber den Beruf der Eltern  
bringt der neueste Bericht der Schuldeputation folgende Angaben:  
Von den Schülern waren 65 Söhne von höheren Beamten, 1176  
von Subalternbeamten, 231 von Künstlern und Technikern, 65  
von Landwirthen, 336 von Fabrikanten, 1468 von Kaufleuten,  
942 von Handwerkern, unselbständigen Gewerbetreibenden, Por-  
tiers, Dienern etc., 198 von Rentiers, 14 von unbekannter Ab-  
kunft. Selbst auf den Realschulen sind also nur wenig  
Kinder von Arbeitern. Genau ist ihre Zahl aus dem  
Bericht nicht zu ersehen, da die Handwerksmeister leider mit den  
Gehilfen etc. zusammengeworfen sind. Verhältnismäßig groß  
erscheint die Zahl der Subalternbeamten-Söhne. Man  
vergleiche damit, daß in den Gemeindefschulen a. 1. Mai 1894  
9188 Söhne von Subalternbeamten, aber 22 391 von selbständigen  
Handwerkern u. s. w., 24 572 von Handwerksgehilfen, 28 582  
von Lohn- und Fabrikarbeitern gezählt wurden.) Bei dieser  
Vorliebe der Subalternbeamten für die Realschule mag es sich  
zum Theil um das bekannte „Standes“-Vorurtheil, zum Theil aber  
auch um den begrifflichen Wunsch handeln, daß ihre Söhne später  
einmal auf der sozialen Stufenleiter eine „höhere“ oder mindestens  
dieselbe Stelle einnehmen können, wie sie selber. Dem Volksschüler  
steht ja bekanntlich selten etwas anderes offen als der  
Weg in die Werkstätten und Fabriken.

In den sämtlichen in Berlin bestehenden 15 Markt-  
hallen, einschließlich der beiden Zentral-Markthallen (Zentral-  
Markthalle I, Neue Friedrichstraße 24/27, Zentral-Markthalle Ia,  
Neue Friedrichstraße 29/31), befanden sich am 1. Oktober 1894  
zusammen 4405 und am 31. März 1895 3808 Standinhaber.  
Im März pflegen die Hallen immer am wenigsten besetzt zu sein.  
Am 31. März 1894 waren zusammen 3994 Standinhaber vor-  
handen, also 188 mehr als am 31. März 1895. Der Rückgang  
ist hauptsächlich dadurch entstanden, daß zum Theil die Händler  
ihren Stand aufgegeben haben und auf der Straße den Haus-  
handel betreiben. Ihnen wird das Standgeld zu theuer ge-  
kommen sein. Der Rückgang ist in den Außenhallen eingetreten,  
in den Zentralhallen sind während des Obsthaldens im Sommer  
und Herbst mehr Händler gewesen als im Sommer 1893/94.

Die Geschichte, daß Herr Friedmann wieder aus Frank-  
reich nach Berlin zurückkehren wollte, wird jetzt vom „Lof. Anz.“  
widerholt. Danach soll der Herr ohne Geld sein, aber seine  
Furcht hegen, daß man ihm hier wegen der ihm vorgeworfenen  
Straftaten etwas thun könne. Das in seiner Abwesenheit  
vom Ehrengerichtshof in Leipzig gefällte Urtheil halte er für  
aufsehbar, und wenn er erst, was er sehnlich wünsche, von seiner  
Frau geschieden sei, dann begünne wieder das Berliner Leben in  
zweiter veredelter Auflage.

Nichtigstellung. Nicht in der Vereinsbrauerei, wie ge-  
meldet wurde, sondern in der Unionsbrauerei, Hafenshaide, haben  
die Arbeiter der Firma Beckstein am Sonnabend das Geschäfts-  
jubiläum feiern müssen.

Ein zeitgemäßen und gemeinnütigen Rath, um das  
so häufige Stürzen der Pferde, welches vielfach durch das Fallen  
des Schnees unter den Füßen der Thiere verursacht wird, zu ver-  
hindern, giebt die „Allgemeine Fahr-Zeitung“. Man reinige beim  
Anschirren des Pferdes den Fuß sorgfältig von jedem Unrathe,  
trachte ihn absondern ab und schmiere ihn mit brauner Seife recht  
tätig ein, vorzugsweise aber da, wo das Eisen sich anlegt.  
Dieses Verfahren muß jedes Mal erneuert werden, wenn das  
Pferd aus dem Stalle kommt, da dort der Fuß wieder Schmutz  
angenommen hat und die Seife abgelaufen ist; sonst genügt das  
einmalige Einschmieren für den ganzen Tag.

Erhängt hat sich der 55jährige Handelsmann Friedrich  
Schwendt in seiner Kiefernstr. 15 belegenen Wohnung.

Vom Tode des Ersrierens hat ein Schuhmann in der  
Nacht zum Dienstag den 34 Jahre alten Gürtler Heinrich  
Kappich errettet, der sich obdachlos hier aufhält. Der Mann  
lag vor dem Hause Louisen-Ufer 26. Der Brant brachte den  
Halbstarren in ein Krankenhaus.

Ein entsetzlicher Unfall mit tödlichem Ausgange hat sich  
am Montag in Charlottenburg ereignet. Der 42jährige Kutcher  
Feige aus der Waldstraße in Moabit, der in der Ruhholzhandlung  
von C. Lindau beschäftigt war, sollte vorgestern Nachmittag eine  
Fuhrer Balken nach dem Zimmerplatz von Schäfer u. Sohn an der  
verlängerten Bayreutherstraße bringen. An der Ecke dieser und der  
Augsburgerstraße, wo der Weg nicht gepflastert und abschüssig  
ist, begegnete ihm ein Kollwagen. Um diesem auszuweichen,  
bog er schnell in die verlängerte Bayreutherstraße ein, dabei  
glitten auf der durch den Frost glatt gewordenen Bahn die  
Füße aus und warfen den Wagen um. Dieser fiel mit  
samt den Balken gegen den Bretterzaun, der den etwa  
zwei Meter tiefer gelegenen Zimmerplatz von Kraauer u.  
Komp. vom Straßenlande trennt. Der Zaun wurde  
zertrümmert, Feige flog vom Wagen hinab auf den Zimmerplatz,  
und sechs Balken, die ihm nachstürzten, zerschmetterten ihm den  
Kopf. Der auf dem Plage beschäftigte Zimmerpolier von Kraauer  
sah sofort zwei Kerze holen, während mehrere Zimmerer den  
Verunglückten von den auf ihm liegenden Balken befreiten. Die  
Charlottenburger Polizei ließ einen Wagen von der Unfall-  
station IV in der Plöndurgerstraße Nr. 18 kommen, um  
den Schwerverletzten dorthin zu bringen. Die Kerze auf dem  
Zimmerplatze erkannte gleich, daß der Verunglückte kaum noch  
zu retten sein werde, und ihre Besorgung wurde leider auch zur  
Nacht. In demselben Augenblicke, als man Feige in die  
Räume der Unfallstation hincintrug, gab er seinen Geist auf.

## Gerichts-Beitrag.

Eine ganze Familie, bestehend aus Vater, Mutter und  
zwei Töchtern, befand sich gestern auf der Anklagebank der achten  
Strafkammer, um sich wegen wiederholten Diebstahls und Hehlerei

zu verantworten. Die Anklage richtete sich gegen die unverehelichte  
Louise Sprenger, ihren Vater, den Portier Johann  
Sprenger, und dessen Ehefrau und ihre Schwester Martha  
Sprenger. Die erste Angeklagte war Verkäuferin in dem  
Simonsohn'schen Geschäft in der Oranienstraße. Das junge  
Mädchen, welches sich mit einem reiblichen Handwerker ver-  
lobt hatte, hat es fertig gebracht, in einem Zeitraum von  
wenigen Monaten ein ganzes Waarenlager im Werthe von über  
2000 M. aus dem Beständen des Simonsohn'schen Geschäfts zu  
stehlen. Sie machte sich täglich ein Packet zurecht und schleppte  
viele Tuhende von Handtüchern, Tuhende von Schleiern, kost-  
bare Spitzen und alle möglichen zur Damenkonfektion gehörige  
Gegenstände in großen Posten hinaus. Die gesammte gestohlene  
Waare wanderte nach Friedrichshagen, wo ihre Eltern ansässig  
waren. Ihr Vater hatte in einem dort in der Friedrichstraße  
belegenen Hause die Portierstelle inne. Die Portierzimmer  
des Hauses fanden leer, und dort brachte die Diebin  
die gestohlene Waare in großen Kisten und Körben unter. Der  
Vater scheint sie alsdann auf dem Wege des Hauswandels ver-  
schärft zu haben. Der Staatsanwalt beantragte gegen Louise  
Sprenger 4 Jahre Gefängniß, gegen das Ehepaar  
Spr. je 4 Jahre Zuchthaus, gegen Martha Spr. 1 Jahr  
6 Monate Gefängniß. Der Gerichtshof verurtheilte die  
erste Angeklagte zu 2 Jahren Gefängniß, den Vater zu  
2 Jahren Zuchthaus, die Mutter zu 1 1/2 Jahren  
Zuchthaus und die letzte Angeklagte zu 3 Monaten Ge-  
fängniß.

## Gewerkschaftliches.

Die Zimmerer der Firma E. d. Friedrich auf dem  
Terrain der Gewerbe-Ausstellung in Treptow haben, wie uns  
mitgetheilt wird, durch Rücksprache mit dem Unternehmer einen  
Stundenlohn von 54 Pf. erreicht.

Aus Oranienburg wird uns mitgetheilt, daß die Lohn-  
differenzen der Korbmacher beigelegt sind, ohne daß es zum  
Streik gekommen wäre.

Die Weberinnen der Tuchfabrik von Sternickel und  
Gülcher in Cuppen haben ihren Streik erfolgreich beendet.  
Die „Kölnische Zeitung“ berichtet darüber: Der Geheim-  
Kommerzienrath Arthur Gülcher, der alleinige Inhaber der großen  
Fabrik, hat sich bereit erklärt, die Forderungen der ausständigen  
Weberinnen zu erfüllen, und gleichzeitig die Ernennung eines  
Arbeiterausschusses angeordnet, der für die Folge in streitigen  
Fragen unmittelbar mit dem Arbeitgeber verhandeln soll. Die  
Löhne der Weberinnen werden künftig nicht mehr nach dem Stück,  
sondern nach der Schußzahl bezahlt, wodurch sich eine Lohn-  
erhöhung von 20-30 pCt. ergibt. Der Lohnsatz wird in der  
Weberer angeschlagen. Zudem wurde einem der zwei Meister,  
über welche die Ausständigen sich beklagten, gekündigt.

Brab gehandelt haben sechs Bunzlauer Töpfer,  
die für die Ofenfabrik von Chr. Seidel u. Sohn in  
Dresden an stelle der streikenden Arbeiter engagirt worden  
waren. Als die Bunzlauer in Dresden von dem wirklichen  
Stand der Dinge Kenntniß erhalten hatten, weigerten sie sich,  
in Arbeit zu treten, sofern nicht sämtliche streikende Kameraden  
und zwar zu den alten Löhnen, deren Reduktion den Ausstand  
verursachte, mit eingestellt würden. Die Firma ging darauf  
nicht ein. Die Bunzlauer Töpfer verzichteten insoweit auf die  
Arbeitsgelegenheit, obwohl ihnen die alten (höheren) Löhne  
versprochen worden waren und obwohl sie seit längerer Zeit  
beschäftigungslos sind und meist eine Familie zu ernähren haben.  
Ueber die Streikenden selbst ist mitzutheilen, daß 6 Mann  
anderweit in Arbeit gebracht sind und auch die übrigen Aussicht  
auf baldiges Unterkommen haben.

Um Arbeiter-Einsparungen zu vermeiden ist in der  
Sattlerei der königlichen Artillerie-Werkstätte  
in München die Arbeitszeit vorläufig auf täglich  
8 Stunden verkürzt worden. Wie sehr dringlich die all-  
gemeine Durchführung dieser Methode, den Arbeitern über die  
Zeit des schlechteren Geschäftsganges hinwegzuhelfen, gerade für  
München wäre, ergibt sich aus dem Bericht des dortigen  
städtischen Arbeitsamts, wonach dieses Institut seit  
den zwei Monaten seines Bestehens von den 2639 Gesuchen der  
Unternehmer 80,5 pCt., von den 9681 Gesuchen der Arbeiter aber  
nur 22 pCt. erledigen konnte. Das zeigt deutlich, wie außer-  
ordentlich in München das Angebot die Nachfrage nach Arbeitern  
überwog.

Aus Velsaft wurde am Dienstag telegraphirt: Infolge  
neuer Schwierigkeiten seitens der Ausständigen, welche gestern  
die Arbeit hätten wieder aufnehmen sollen, dauert der Ausstand  
fort. — Gegen den Kompromiß mit den Unternehmern hatte,  
wie zur Orientirung bemerkt sei, eine sehr starke Minorität  
gestimmt.

## Verfassungen.

Die Pöher Berlins saßen am Sonntag in einer zahlreich  
besuchten Versammlung nach einem beifällig aufgenommenen  
Referat Millarg's über die Sicherstellung des  
Arbeitslohns einstimmig folgende Resolution: „Die Ver-  
sammlung erklärt die bei der Beratung der Anträge zum Schutze  
der Bauhandwerker seitens der bürgerlichen Parteien im Reichs-  
tage gemachten Vorschläge zur Abänderung der herrschenden Ver-  
hältnisse im Baugewerbe für durchaus ungenügend und hält es  
für dringend notwendig, daß die vom Berliner Gewerbegericht  
vertretene Ansicht, betreffend die Haftbarkeit der wirklichen Be-  
sitzer zum Gesetz erhoben wird. Die Versammlung spricht den  
im Ausschuss des Gewerbegerichts vertretenen Arbeit-  
nehmern ihre volle Zustimmung zu ihrem Vorgehen gegen  
den Bauhandwerker aus und erwartet von den Pöher  
rege Theilnahme an der Agitation zur Beseitigung des  
gesammten Bauhandwerkers. Zu diesem Zweck verpflichten sich  
alle Kollegen, im kommenden Frühjahr alle zu Gebote stehenden  
Mittel in Anwendung zu bringen, um dem gemein-  
schaftlichen schwindelhaften Gebahren der Pöhermeister und Bau-  
unternehmer ein Ende zu machen; in diesem Sinne wird der  
Vertrauensmann beauftragt, das Weitere zu veranlassen. Die  
nichtorganisirten Pöher werden aufgefordert, sich dem Zentral-  
verband der Maurer Deutschlands anzuschließen.“

Näherer Bericht über die Versammlung folgt in nächster  
Nummer.

Die lokal organisirten Arbeiter und Arbeiterinnen der  
Konfektionsindustrie erklärten sich am Montag in einer stark  
besuchten Versammlung, die im Englischen Garten tagte, mit der  
allgemeinen Schneider- und Schneiderinnenbewegung völlig ein-  
verstanden und verpflichteten sich, für die Durchsetzung der auf-  
gestellten Tarife und die Einführung von Betriebsverhältnissen mit  
aller Energie einzutreten. In der Debatte war die Firma  
Gerson wegen ihrer niedrigen Löhne heftig angegriffen worden,  
woraus der Vertreter eines Meisters für Damenkonfektion von  
dieser Firma mittheilte, daß, falls in den anderen Geschäften mit  
den gleichen Forderungen vorgegangen werde, die Firma Gerson  
nicht die letzte sein werde, welche nachgibt. — Die Versammlung  
wählte den Schneider Rulicke zum Vertrauensmann. Zum  
Schluß wurden alle Anwesenden aufgefordert, in den am Montag  
stattfindenden Versammlungen zu erscheinen, wo definitiv Be-  
schluß gefaßt werden soll.

Eine Gedächtnisfeier. In dem Berichte über die Ver-  
sammlung der polnischen Genossen bei Jubel hat sich im Schluß-  
satz ein sehr bedauerlicher Druckfehler eingeschlichen. Der Satz  
soll natürlich lauten: Nach einer sehr regen Diskussion wurde  
zum Schluß eine Resolution angenommen, in der das Andenken  
der Hingerichteten geehrt und das Gelübdiß abgelegt wird, im  
Geiste der Verstorbenen weiter zu wirken.

**Arbeiter-Bildungsschule.** Unterricht am Mittwoch, Sonderschule, Waldemarstraße 14: Geschichte, Moralphilosophie, Naturgeschichte, 17.2: Deutsch. Beginn abends 8 Uhr, Schluss 10.30 Uhr. Die Schulräume sind zur Benutzung der Bibliothek und des reichhaltigen Zeitschriftenmaterials schon von 8 Uhr an geöffnet.

**Öffentliche Versammlung der Holz- und Bretterträger** Berlin und Umgebung, sowie sämtlicher Drechselmeister und Klotzler von den Holzplätzen am Mittwoch, den 23. Januar, abends 8 Uhr, im Lokale von Ewald, Schönleinstr. 6.

**Vermischtes.**

Ein heiteres Stückchen polizeilicher Fürsorglichkeit berichtet die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ aus dem glücklichen Lande, so innerhalb der grünweißen Grenzspähle liegt. In Niederhermersdorf führte der Volksverein Gabelung ein Theaterstück auf, in welchem ein Darsteller ein Pistol auf seinen Partner abzugeben hat. Der Pistolenschuss wurde nun auch richtig abgegeben. Aber fünf Tage später erhielt der fürchterliche Schütze ein antihauptmannschaftliches Strafmandat über 15 M. oder fünf Tage Haft auf Grund des § 307 Absatz 8 des Reichs-Strafgesetzbuches, weil er „im Saale des Gasthauses „zur Linde“ in Niederhermersdorf, das ist an einem von Menschen besuchten Orte, ohne polizeiliche Erlaubnis mit einem Pistol geschossen zu haben“ beschuldigt ist. Am Ende wird in Sachen auch noch ein Theaterstück vorgeführer Nord, Ehebruch oder sonst was Kriminelles an dem Darsteller geahndet.

Aus Dresden wird berichtet, daß Landgerichtsdirektor Dr. Hoff, der Anfang dieses Jahres nach Freiberg veretzt worden ist, Selbstmord verübt hat. Ueber das Motiv der That verlautet nichts Bestimmtes. Man nimmt an, daß der Selbstmord in einem Anfall von Schwermuth verübt worden sei.

Der Führer der russischen Räuberbande, die in letzter Zeit an der schlesischen Grenze ihr Wesen trieb, ist in Sosnowice festgenommen worden.

**Briefkasten der Redaktion.**

**Druckfehler-Berichtigung.** In dem Feuilleton-Artikel „Der historische Götze von Verlichingen“ ist der letzte Satz von „Doh er... bis „hatte“ veretzt. Derselbe gehört Zeile 18, Spalte 3 nach „Schicksal“ vorgeschoben.

„Mißvergnügter“. Beide Briefe erhalten, gelesen und vernichtet.

Stationen.	Barometer stand in mm. reduziert auf 0. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (29.1)
Swinemünde	776	SE	4	heiter	-7
Hamburg	774	SE	1	wolkenlos	-4
Berlin	777	SE	3	wolkenlos	-8
Wiesbaden	775	D	1	wolkenlos	-2
München	774	D	3	Webel	-6
Wien	782	SE	1	bedeckt	-18
Saparanda	767	SE	2	wolkenlos	-13
Petersburg	—	—	—	—	—
Oslo	774	SW	2	heiter	4
Aberdeen	764	SW	2	heiter	2
Paris	773	SE	2	bedeckt	4

**Wetter-Prognose für Mittwoch, 29. Januar 1896.**  
Zunächst wärmeres, ziemlich trübes Wetter mit geringen Niederschlägen und mäßigen westlichen Winden, nachher aufklarend und etwas kälter. Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**

Mittwoch, 29. Januar.  
**Opernhaus.** Die Meistersinger von Nürnberg.  
**Schauspielhaus.** 1812.  
**Deutsches Theater.** Der Meister von Palmyra.  
**Festung-Theater.** Comtesse Guicci.  
**Schiller-Theater.** König Heinrich.  
**Neues Theater.** Der Herr Direktor.  
**Affentheater.** Hals über Kopf.  
Vorher: In doppelter Belehrung.  
**Friedrich-Wilhelmstadt.** Theater.  
Der Hungerleider.  
**Schiller-Theater.** Der Widerspenstigen Zähmung.  
**Adolph Ernst-Theater.** Madame Suzette.  
**Central-Theater.** Eine tolle Nacht.  
**Salle-Alliance-Theater.** Böse Buben.  
**Alexanderplatz-Theater.** Die kleinen Lämmer.  
**National-Theater.** Der Trompeter von Säckingen.  
Zum Schluss: Der Widerspenstigen Zähmung.  
**American-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Apollo-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Kaufmann's Variété.** Spezialitäten-Vorstellung.  
**Reichshallen-Theater.** Spezialitäten-Vorstellung.

**Schiller-Theater.**

(Wallner-Theater.)  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Der Widerspenstigen Zähmung.

**Central-Theater.**

Alte Jakobstr. 30.  
Wieder-Auftreten des Herrn Emil Thomas a. G.  
Zum 145. Male:

**Eine tolle Nacht.**

Große Fosse mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund und Wilh. Mannstadt.  
Musik von Julius Klünder.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Alexanderplatz-Theater.**

Heute 8 Uhr: Zum 101. Male: Die kleinen Lämmer.  
Vaudeville in 2 Akten von L. Varney.  
Von der gesammten biesigen Presse als die beste Novität der Saison anerkannt.  
Donnerstag: Zum 1. Male: Pitta.  
Operette in 1 Akt. Text von Frh. Otto. Musik von Hans Leidenfeld.  
Hierauf: Zum 102. Male: Die kleinen Lämmer.

**National-Theater.**

Große Frankfurterstraße 132.  
Direktion: Max Samst.  
Große Doppel-Vorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen.  
Der Trompeter von Säckingen.  
Schauspiel in 3 Akten von Hildebrand und Keller.  
Regie: Frh. Schäfer.  
Zum Schluss: Zum letzten Male: Fischen, das Waldmädchen.  
Buxlele von Hugo Busse.  
Regie: Max Samst.  
Morgen: Zum 1. Male: Konradin, der letzte Hohenstaufe.  
Tragödie in 5 Akten von Moritz Ritter von Gutmann.  
Sonntag-Nachmittags 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: Hänsel u. Gretel.

**Kaiser-Panorama**

(Passage).  
Nur diese Woche: Erste Reise Amerika, Kalifornien, Mond. Eine Reise 20 Pf., Kinder nur 10 Pf. Taufende Abonnenten.

**Urania**

Anstalt für volkstümliche Naturkunde.  
Am Landes-Ausstellungspark (Lehrter Bahnhof).  
Geöffnet von 5-10 Uhr.  
Täglich Vorstellung im wissenschaftlichen Theater.  
Näheres die Anschlagzettel.

**Passage-Panopticum.**

Täglich um 5 1/2 und 8 Uhr:  
**Affentheater und Circus.**  
30 Affen, 30 Hunde, 12 Pferde, Esel, Ziegen, Schweine, Hasen

**Das Löwen-Weib.**

**Allerseelen.**  
!! Der Eden-Garten!!  
Marionetten

**Castan's Panopticum.**

**Walhalla-Theater**

Oranienstr. 52 (nicht am Moritzplatz).  
Eine Stunde im **Zukunftsstaat.**  
Vorher: **Kneipp in Berlin.**  
Beste Aufführung im Walhalla-Theater am 9. Februar. — Die ausgegebenen Vorzugsbillets haben nur noch bis zu diesem Tage Gültigkeit.  
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.  
Entrée 30 Pf.

**Concerthaus Sanssouci**

Kottbuserstraße 4a.  
Morgen, **Donnerstag, den 30. Januar:**  
**Soiree der altbeliebten Stettiner Sänger**  
(Meyzel, Pistro, Brien, Steidl, Krone, Rühl und Schrader)

**Gr. Doppel-Konzert.**

Anfang 7 1/2 Uhr. — Entrée 50 Pf.  
Vorverkauf 40 Pf. (f. Plakate).  
Freitag: Victoria-Brauerei.

**Apollo-Theater**

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.  
**Harry u. Joe. Mlle d'Estrée.**  
**Salerno. Toni Daré.**  
**Dora Parness.**  
Werner u. Rieder. Beau-Malaga.  
Brothers Forest. Zimmermann.

**Düring-Quintett.**

Stelling u. Revell. Arra-Vora-Zebra.  
**Sergeant Simms**  
mit seinen 12 Negerknaben  
u. s. w. u. s. w.  
Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

**Adolph Ernst-Theater.**

Neu einstudiert:  
**Madame Suzette.**  
Vaudeville-Posse in 3 Akten von Eplvane und Ordonneau, bearbeitet von Ed. Jacobson u. J. Aren. Musik von Edmond Audran.  
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Kaufmann's Variété-Theater**

Königsstraße, Kolonnaden.  
Heute, Mittwoch: **Benefiz**  
des beliebten **Blanck**  
unter Mitwirkung von **100 Artisten**  
Anfang ausnahmsweise **7 Uhr.**  
**Monstre-Programm.**

**Alcazar.**

Variété- u. Spezialitäten-Theater.  
Dresdenerstr. 52/53, Auenstr. 42/43 (City-Passage).  
Täglich **Grosse Vorstellung.**  
Vollständig neues Programm.  
Signorina Catl. Alfredo Rose. Lotte Siger. Käthchen Müller.  
Anf. 8 Uhr. Entrée 30 Pf. Ref. 50 Pf.  
R. Winkler.

**Feen-Palast**

Burgstrasse 22.  
Direktion: Winkler & Fröbel.  
**Schlager auf Schlager.**  
9 Uhr: v. Hammerstein  
9 1/4 Uhr: Fritz Friedmann  
9 1/2 Uhr: Frau Wolkenstein  
10 Uhr: Princess **Colibri.**  
Dazu das große, für Berlin neue **Januar-Programm.**  
Sonntags 6 Uhr.  
Anfang: Wochentags 7 1/2 Uhr.  
Entrée 30 Pf. bis 1 M.  
Freitag: den 31. Januar: Benefiz für Hirschfeld und Clara u.

**W. Noack's**

Konzert- und Gesellschafts-Säle, Brunnenstr. 16.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag:  
**Großes Konzert Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Sonntag, Dienstag und Donnerstag nach der Vorstellung:  
**Großer Ball.**  
Empfehle meine hocheleganten Säle für Vereine, Privatfeiern zu den billigsten Bedingungen.  
W. Noack.

**Masken-Garderobe**

von **Otto Runge, Gr. Frankfurterstr. 75.**  
empf. Auswahl von 2000 Kostümen in allen Preislagen. Empf. den geehrten Vereinen meine 18 verschiedenen Carnevalse-Aufführungen.  
2293b

**Nach der Inventur!**

**Gardinen auch Reste**  
zu 1-4 Fenstern passend, spottbillig in der Gardinenfabrik v. Bruno Güther, Grüner Weg 80, part. (kein Laden).  
Eingang vom Hür. 40973

**Achtung! Maurer!**

Todesanzeige.  
Am Sonnabend verlor unser Kollege **Hartwig Walter.**

Er war Mitbegründer unserer Zahlstelle Berlin II des Zentralverbandes der Maurer, wir verlieren an ihm ein thätiges Mitglied. Ebre seinem Andenken. Die Beerdigung findet heute, Mittwoch, den 29. Jan., nachmittags 3 1/2 Uhr, nach dem Thomas-Kirchhof in Brh vom Krankenhaus Bethanien aus statt. Am rege Beileidung bittet 136/10 Die örtliche Verwaltung.

**Todes-Anzeige.**

Hiermit allen Freunden, Bekannten und Genossen die traurige Nachricht, daß unsere einigste geliebte Tochter und Schwester 2412b

**Elisabeth Petermann**

im Alter von 14 Jahren und 3 Monaten am Sonntag, den 26. Januar, abends 7 Uhr, nach langem und schwerem Krankenlager verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. Januar, nachmittags 4 Uhr, auf dem Neuen St. Jakobi-Kirchhofe, Hermannstraße in Nixdorf, statt. Die trauernden Eltern u. Bruder.

**Große Betten 12 M.**

(Chevert, Unterden, zwei Affen) mit gereinigten neuen Federn die Guffel Pulvis, Berlin S., Preisstraße 46. Preisliste kostenfrei. **Viele Anerkennungs-schreiben.**

**Großer Inventur-Ausverkauf**

zu bedeutend herabges. Preisen **Teppiche!**

**Portièren**

in reiner Wolle, das Stück 1,80 M.  
**Steppdecken**  
in allen Farben, reine Wolle, 160x200cm, das Stück 5,50 M.

**Otto Büchler, Berlin O.**

Königstr. 26, Ecke Klosterstr.  
Versand-Abtheilung D.

**Sophaplüsch-Reste**

in glatt, gepreßt und gewaschenen Qualitäten, auch sehr Fein- und Moquet, enthaltend 6 bis 22 Meter, spottbillig! Muster franko!  
Abgepaßt sehr hochelegante Satteltaschen sehr billig.  
Emil Lesèvre, Berlin S., Oranienstr. 158

**66. Resterhandlung.**

66 billige Reste zu Knaben-Anzügen von 1 M. Große Anzüge von 7 M. an, bis zum feinsten Rammingarn, auch pass. zu Eingangs-Anzügen. Große Auswahl in Paletotstoffen, sowie zu Wintermänteln, Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide, Sammt und Spitzen. 42502

**66. Möbel**

u. Polsterwaaren, reelle Waare emp.  
**Franz Tutzauer,**  
Tischlermeister, (89818)  
Berlin SW., Gläcker-Straße 14.

**Englischen Unterricht** ertheilt G. Liodknocht, Konigsstraße 160.

**Buchhandlung des „Vorwärts“**

Berlin SW., Seuth-Straße 2.

**Neue Erscheinungen.**

„Neue Welt“-Einbanddecken 1895 und frühere Jahrgänge. In Golddruck 1.- M. In Schwarzdruck 0,80 M. Auch Einbanddecken für die Jahrgänge 1892, 1893, 1894, sind wieder vorhanden.

**Der Proseß Liebknecht.**

Verhandlungen wegen Majestäts-beleidigung. Preis 10 Pf.  
**Beiträge zur Geschichte des Materialismus.**  
Von G. Plechanow. I. Holsbach, II. Helvetius, III. Marx. Preis 3,50 M.

**Ferdinand Lassalle's Briefe an Georg Herwegh.**

Herausgegeben v. Marcel Herwegh. Brosch. 3 M., geb. 4 M.  
**Die Gewerks-Inspektion in Deutschland.**  
England, Frankreich, Oesterreich, Schweiz.  
Kritische Darstellung ihrer Geschichte und ihres gegenwärtigen Zustandes. Preis 20 Pf.

**Zwei Tage Staatsdebatte.**

Verhandlungen des Reichstages über den Septembertag. Enthaltend Reden Bebel's u. A. Preis 15 Pf.

**Die Neue Welt 1895.**

Komplet gebunden 4.- M. Ebenso sind noch zu haben die Jahrgänge 1892, 1893, 1894 u. Jahrgang 4.- M.  
Für Vereine empfehlenswerth.

**Achtung! Achtung!**

Künstl. Zähne v. 3 M. an, Theilz. wöchentl. 1 M., wird abgeholt. Zahnziehen, Zahnreinigen, Herabdüben bei Bestellung umsonst.  
Gutkel, Loufherplatz 2, Elffasserstr. 12

**Altreibbuch 1895**

2 Bde. nur 2,50 M.  
Lodner, Kurstr. 37.

**Zähne v. 2 M. ev. Theilz.**

Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145.  
Theilzahlung. Monatl. v. 10 M. an liefert elegante Anzüge nach Maß **Temporowski,** Schneidemeister, Berlin O., Jüdenstr. 37, 1 Tr.

**Herren-Hüte 1,00,**

Mustersachen 0,75,  
neueste Façons, das verkauft **HAT** Fabrikkomptoir **Barrimstrasse 4/5, 2335b**  
**Küllerstrasse 12c, 1.**  
Sonabend bis 10 Uhr, auch Sonntag.

**Kleiderspind, Wäscheputz, Bettstellen, Federboden, Sofa, Sophatisch, Plüschgarnitur** sofort billig Reichenbergerstr. 160, v. 1 Tr. L. 2254b

**Möbel-Tischerei**

2374b mit 14 Bänken ist billig zu verkaufen wegen Verzug nach außerhalb. Näh. Raungr. 38 im Möbel-Geschäft.  
Empfehle mein Weiss- u. Bayrisch-Bier-Lokal, Vereinszim. b. zu 20 Pf., mit Piano, für die ganze Woche frei.  
**W. Thielow,** Lotzbringerstr. 112.

**Ferdinand Ewald's Restauration**

Schöneleinstrasse No. 6.  
Empfehle den geehrten Vereinen meine Lokaltäten zu Versammlungen. 2 Regeltabellen stehen zur Verfügung. ff. Weis- und Bairisch-Bier.

Die Bewegung der Konfektions-Arbeiter und -Arbeiterinnen

Ist in ein neues Stadium getreten; die Meister und Unternehmer in der Konfektions-Industrie, die behufs Verhandlung mit der Kommission der Arbeiter am Montag in der Berliner Messonree tagen, haben die Arbeiterforderungen abgelehnt und dadurch gezeigt, daß sie nicht geneigt sind, den berechtigten Forderungen derselben entgegen zu kommen.

Schneidermeister Flügge bemängelt die einzelnen Tarifsätze und meint, der Tarif sei nicht von Sachverständigen ausgearbeitet, einzelne Sätze seien viel zu hoch, man solle sich mit Sachverständigen in Verbindung setzen, um einen neuen Tarif auszuarbeiten.

Ein Arbeiter, der in einer Gruppe von Meistern saß, meldet sich zur Geschäftsordnung und bittet sich darüber, daß in seiner Nähe fortgesetzt unqualifizierbare Neuerwerbungen gefahren seien, unter anderem wäre die Vorrednerin als „alte Heze“ und dergleichen bezeichnet worden.

Der Vorstand aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter etc. In einer Bezirksversammlung für den Norden sprach am 22. Januar Litsin über „Florian Gröber“.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Charlottenburg, debatierte in seiner letzten Versammlung über die in letzter Zeit viel erörterte Frage der Arbeitslosen-Unterstützung und fasste hierzu folgende Resolution:

Die Mitglieder der Filiale Charlottenburg erklären sich gegen die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und zwar aus folgenden Gründen: 1. Bei Einführung derselben müßten notwendigerweise abermals die Beiträge erhöht werden, was wiederum einen Einbruch der Mitgliederzahl bedeuten würde.

die der Meister und Händler vertrete. Die Arbeiter seien durchaus für eine gütliche Regelung und ließen über Einzelheiten des Tarifs mit sich reden. Niemand dürfe daran, muthwillig zum Streit zu treiben.

Für den ersten Punkt: Anerkennung der vorgelegten Lohnsätze — erhob sich keine Hand. Höhnisches Gelächter seitens der Meister folgte diesem Resultat. Gegen diesen Punkt wurden einige Hände erhoben. Abemaliges Gelächter. In derselben Weise wurden die übrigen Hauptforderungen: Errichtung von Betriebswerkstätten, Einsetzung einer Kommission zur Austragung etwaiger Streitigkeiten, wöchentliche Lohnzahlung und Anerkennung von Arbeitsnachweisen in Händen der Arbeiter, abgelehnt.

Am Montag, den 8. Februar, wird das Resultat dieser Verhandlungen den beteiligten Arbeitern und Arbeiterinnen in zwölf Versammlungen behufs Stellungnahme vorgelegt werden.

Versammlungen.

Die Freie Vereinigung der Graveure, Jilseure und verwandter Berufsge nossen wählte in der Versammlung am 21. Januar eine Exekutivkommission von 7 Mitgliedern und überreichte dann einen Vortrag des Genossen Dupont über das Thema „Die Kunst und die Arbeiter“.

Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter etc. In einer Bezirksversammlung für den Norden sprach am 22. Januar Litsin über „Florian Gröber“.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Charlottenburg, debatierte in seiner letzten Versammlung über die in letzter Zeit viel erörterte Frage der Arbeitslosen-Unterstützung und fasste hierzu folgende Resolution:

In den Vorstand wurden gewählt: Loewe als Vorsitzender, Bernhard als Kassierer, Pau als Schriftführer, Richter und Krajewski als Revisoren. Montag, den 8. Februar wird eine öffentliche Versammlung bei Leder, Bismarckstr. 74, abgehalten.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten bei jeder Anfrage eine Adresse (Postfach oder eine Zahl anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet am Montag, Dienstag, Freitag und Sonnabend, abends von 6-7 Uhr statt.

Ab. Kempf. Sprechen Sie bitte auf der Redaktion vor. F. W. 192. Leider ist vorliegend die weiße Sklavie, und nicht die Freischaft, selbst zur Tragung der Kosten verpflichtet.

Sie sich an die Polizei. Diese hat nach dem Befehl dem Meister die Karte vorzunehmen und Jhnen zu übergeben. Ein neuer Arbeitsbuch soll Jhr Sohn sich von der Polizei auf Kosten des Meisters ausfertigen lassen.

Wenest. 1. Leider ist die Polizei zur Sehung der Polizeistunde berechtigt. 2. Eine Bestrafung ist nicht angefallen. 3. Wird kann möglich sein: Jhr Wunsch wird aber weiter befördert werden.

U. J. 77. Da Ihre Braut noch nicht volljährig (21 Jahre alt), kann sie leider nicht auf Ergänzung der väterlichen Genehmigung zur Eheschließung klagen. Es bleibt nichts übrig, als den Weg gütlicher Verständigung wiederholt zu betreten.

U. J. 100. Nein, Ihre Besürchtung trifft nicht zu. Sprechen Sie indes gelegentlich in der juristischen Sprechstunde mit dem betreffenden Dokument vor.

U. J. 50. Die von Ihnen veranlagten Kosten gegen die Kasse. — F. 50. 1-3. Nein: nur Preußen sind aktiv und passiv wahlberechtigt für städtische Gemeindevorstände.

U. J. 20. Sie können Ihre Forderung nur in der gewöhnlichen Weise beim Amtsgericht einbringen.

U. J. 25. Verjährung liegt nicht vor. 2. Eine Verpflichtung zur Aenderung der Schlüssel hat der Wirth nicht.

U. J. 1849. Sie sind von dem Gnadenersatz mitbetroffen; ein Mittel für Sie, dessen Folgen abzuwenden, giebt es nicht. Strafe und Kosten fallen fort.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

U. J. 100. Ein Eid kann von dem betreffenden geleistet werden. Leitet er einen Falscheid, so erwarten ihn dieselben Nachteile wie jeden, der einen Falscheid leistet.

# 5. Wahlkreis.

Sonntag, den 2. Februar, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße 33: 214/5

## Versammlung.

Vortrag des Genossen Paetzel.

Nachdem: Gemüthliches Zusammensein. Entree 10 Pf. Der Vertrauensmann.

# Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Mittwoch, den 29. Januar, abends 8 Uhr, in Bernhard Raabe's Salon, Kolbergerstraße Nr. 23:

## Große sozialdemokratische Volksversammlung

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten W. Bock (Gotha) über: Die Reichsgründung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 219/12 Der Einberufer.

Männer! Frauen!

# Volks-Versammlung

am Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 Uhr, im „Schützenhaus“, Linienstr. 5.

Tages-Ordnung: 1. Religionsfreiheit und der Austritt aus der Kirche. 2. Freie Diskussion. 24536

Die Herrn Geistlichen der betreffenden Kirchen sind hierdurch eingeladen. — Austrittserklärungen sind bei den Kommissions-Mitgliedern zu haben und werden auf Wunsch angefertigt. H. Engler, Pallisadenstr. 83. H. Jaensch, Weidenweg 77. Ad. Hoffmann, Blume Nr. 14. E. Lindemann, Moritzstr. 9. E. Menzel, Straßburgerstr. 25.

# Verein aller in Schriftgessereien besch. Arbeiter und Arbeiterinnen Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 29. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Fouisenstädtischen Konzerthaus, Alte Jakobstraße 37:

## Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vereinsmittheilungen. 2. Was gedenkt der Verein gegen die ungenügende Beschäftigung eines Theiles seiner Mitglieder und die übermäßige Einstellung von Lehrlingen zu thun? 3. Wahl einer Kommission zum Stiftungsfest. 4. Verschiedenes. 24455 Der Vorstand.

# Graveure! Ciseleure!

Donnerstag, im Lokale des Herrn Boltz, Alte Jakobstr. 75:

## Oeffentliche Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Sillier. 2. Diskussion. 3. Bericht des Vertrauensmannes und Neuwahl. 4. Bericht des Delegirten zur Gewerkschaftskommission und Neuwahl. 5. Bericht der 14er Kommission über ihre Thätigkeit und welche weiteren Schritte gedenken wir zu thun. Kollegen, wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht eines jeden, in dieser Versammlung zu erscheinen. 24355 Der Vertrauensmann.

# Bauhandwerker-Krankenkasse für Berlin und Umgegend. (Eing. Hilfskasse Nr. 118.)

Sonntag, den 2. Februar, vorm. 10 Uhr, in Cohn's Festsaal (H. Saal), Benthstr. 20-21, 1 Tr.:

## Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstandes und Abrechnung des Kassiers. 2. Revisionsbericht. 3. Bericht des Ausschusses. 4. Wahl des Vorstandes und Ausschusses. 5. Innere Kassenangelegenheiten. NB. Die Mitglieder werden noch ganz besonders auf § 20 Absatz 1 des Statuts aufmerksam gemacht. Die Versammlung wird pünktlich eröffnet. Mitgliedsbuch legitimirt. 261/5 Der Vorstand. J. A.: H. Metzke.

# Achtung! Zimmerer. Achtung!

Donnerstag, den 30. Januar, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Buske, Grenadierstraße Nr. 33:

## Sitzung der Platz-Deputirten.

Tagesordnung: Einleitung zur Fohrbewegung. Zu dieser Sitzung hat jeder Zimmerer Zutritt.

# Sonntag, den 2. Februar, im Feen-Palast, Burgstr. 22:

## Große öffentliche Versammlung.

Unsere Berufsgenossen werden ersucht, dieses zu beachten. 258/3 Der Vertrauensmann der Berliner Zimmerleute.

# Achtung, Zimmerer!

Freitag, den 31. Januar, abends 8 Uhr, in Cohn's Festsaal, Benth-Strasse Nr. 20-21:

Vortrag des Herrn Dr. Friedberg betreffs der zu veranstaltenden Statistik über die Lebenshaltung der Zimmerer Berlins und Umgegend. Engenahme von Theilnahme-Meldungen. Ausgabe des Fragebuchs. Zur Deckung der Unkosten Zellerfassung. 155/4 Der Einberufer.

# Neu eröffnet! Hippodrom u. Reitbahn

Rungestr. 8 Rungestr. 8 Großes Musikreiten für Herren und Damen täglich bis abends 11 Uhr. Entree frei.

# Dritte Abänderung zum Statut d. Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen u. verwandter Gewerbe zu Berlin vom 28. März 1894.

Die §§ 14, 41 des Statuts werden wie folgt abgeändert:

§ 14. Hinter Kassenarzt wird das Wort und gestrichen und dafür oder gesetzt § 41 wird dahin abgeändert, daß die Vorstandmitglieder für Zeitverlust und entgehenden Arbeitsverdienst für jede angefangene Stunde 50 Pf. Entschädigung erhalten.

Vorliegende Bestimmung wird hierdurch genehmigt. Berlin, 16. Januar 1896. Der Bezirksausschuh. Dippel. Vorliegende Abänderung tritt mit dem heutigen Tage in Kraft. Berlin, 29. Januar 1896. 24456 Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Schneider, Schneiderinnen und verwandter Gewerbe. Ferd. Math 3, Vorsitzender. Ernst Schröder, Schriftführer.

# Bekanntmachung.

Die in der letzten Generalversammlung beschlossene Statutenänderung der Orts-Krankenkasse der Vergolder, Goldschläger und Berufsgenossen zu Berlin ist nunmehr von der Behörde genehmigt und geben diese Änderung unsern Mitgliedern hiermit zur Kenntnissnahme:

Artikel I. § 42 Absatz 2 erhält folgende Fassung: „Notwendige, durch die Amtsführung entstehende bare Auslagen, sowie der durch Wahrung jeder Art von Kassenangelegenheiten erwachsende Zeitverlust und entgehende Arbeitsverdienst ist den Vorstandmitgliedern mit 50 Pf. für jede angefangene Stunde aus der Kasse zu ersetzen.“ 227/16

# Artikel II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem ersten Tage nach haftenmäßig erfolgter Bekanntmachung in Kraft.

# Der Vorstand der Orts-Krankenkasse der Vergolder, Goldschläger u. Berufsgenossen.

Ernst Pöhl, Schriftführer. Emil Vogel, Vorsitzender.

# Dittrich-Pianos

zeichnen sich durch größte Tonfülle, präziseste Spielarten, beste Mechanik, härteste Eisenkonstruktion, neuartigste Bauart, gezielte Arbeit, elegante Ausstattung und billige, höchst solide Preise ganz besonders aus. Sicherer Lesere ich meine altenbalben erliebten Flügel und Pianinos gegen kleine monatliche oder vierteljährliche Ratenzahlungen billigt zum Original-Fabrikpreis. Lieberwärdige Neheiten bei kaum denkbarer Roulanz. Alle nehme in Rechnung. Augenblickliche Auswahl 230 Instrumente. Dittrich, Berlin, Potsdam, Mag. in ersten Rang. Berlin, Französischestr. 9, Fernsprecher Amt I Nr. 4564. Filiale Potsdam, Fernsprecher Nr. 408.

# Vereinsversammlungen

können bis zu 100 Personen abgehalten werden in der Gastwirtschaft von

Jul. Wernau, Rosenthalerstr. 57. 43025 Glas Bier 10 Pf. Telefon-Nr. III Nr. 19-6

# Keine Hausfrau ohne

Metall-Putz-Crème

NANON

Spart: ZEIT GELD MUHE.

H. A. LUBSZYNSKI, BERLIN O.

In eleganten Blechdosen von 10 Pf. ab überall zu haben.

Den Genossen halte ich meine 42912

Waschen-Garderobe bei Bedarf best. empfohlen. Grösste Auswahl. Bill. Pr. Vereinen Preisermäßig.

Fr. Panknin, Oranienstraße 178, Adalbertstr. 91, Ecke Oranienstr.

# Belle-Alliance-Theater.

Sonntag, den 2. Februar 1896, nachmittags 2 1/2 Uhr: Volks-Vorstellung unter Regie von Julius Türk.

# Die Räuber.

Dramen-Spiel in fünf Aufzügen von Fr. Schiller.

Karl . . . Franz Reuber a. Gast. | Schweiger . Siegfried Bruch a. Gast. | Franz . . . Julius Türk. | Kofinsky . Carl Wesselsky a. Gast. | Kwalita . . . Hedwig Margot. | Spiegelberg . Ernst Peterson.

Sonntag, den 9. Februar: Auf vielfaches Verlangen: Ein Volksfeind. In Vorbereitung: Wilhelm Tell. 230/10

# Neue freie Volksbühne. 150/8

Da Herr Emanuel Reicher einstweilen verhindert ist, kann der geplante Reicher-Abend nicht stattfinden. Es ist uns jedoch gelungen, für Sonntag, den 16. Februar, nachmittags, Herrn Emil Milau zu einer Regitation moderner Dichtungen zu gewinnen. Herr Milau befindet sich zur Zeit auf einer Kunstreise durch die Länder deutscher Zunge. Er bietet uns ein ausgewähltes Programm, verschieden von dem, das für den „Berein Berliner Presse“ einige Tage zuvor aufgestellt ist. Eintritt für Mitglieder 20 Pf. Billets an den Zahlstellen. Näh. Säulenanschlag am Freitag, den 14. Febr. Der Vorstand.

# Bilz' Naturheilkunde

Bestes Krankenbuch zur Selbstbehandlung einchl. Kneippkur. Tausende ausgegebene Kranke wurden dadurch noch gerettet. Ueber 1/2 Million Exemplare schon verkauft. Prämirt. 1800 Seiten, 350 Abb. Geb. 9.— M. durch Bilz' Verlag, Leipzig und alle Buchhandl. Bilz, Naturheilanstalt Dresden-Radeburg, zu Winterkuren besonders geeignet. — Günstige Erfolge bei allen Krankheiten. — Prospekte frei.

# Pariser Schneider-Akademie

Berlin C., Hackescher Markt 5.

Grösste und beste Fachschule für Damen-, Knaben- u. Wäsche-schneider. Unterricht von Damen an Damen nach weltberühmtem, leicht faßlichem u. tadellosem St. garantirendem Pariser System. Damenschneiderinnen, welche sich die Zufriedenheit ihrer Kundinnen sichern wollen, sollten nicht veräumen, einen Zuschneidelkurs zu nehmen. Tages- und Abendkurse von 20 M. an, Anfang u. Mitte jeden Monats. Prospekte gratis. 4162L. Die Direktion.

# Künstl. Zähne

schmerzlos eingesetzt, festhaltend. Reparaturen sofort. Weniger Vermittelte Ermäßigung. Kreslawski, Spittelmarkt 13

# Rum

anerkannt gut. Liter 1, 1,10, 1,60, 2,10 M., bei 5 Flaschen 10 Pf. billiger. Glühwein-Extrakt, ausgezeichnet. Liter 1,20 M., 5 Liter 5,50 M. Himbeer-, Kirsch-, Johannisbeer-Saft, vorzüglich. Liter 1,20 M. Medicin. Ungarwein, beste Qualität, Literflasche 2,10 M. [4184L] Cognac fine Champagne \* a Pl. 3,50, \*\* a Pl. 4,50, \* a Pl. 5,50 M. empfehlen und senden einzelne Flaschen frei Haus Berlin

# Eugen Neumann & Co.

6a Belle-Alliance-Platz 6a 81 Neus Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 8. 29 Genthinerstr. 29. Potsdam, Waisenstr. 27.

# Rautenberg's Festsäle,

Oranienstr. 180. Empfehle meine Säle zu Festlichkeiten und Versammlungen. Sonnabend, den 28. März, und dritter Ostersiertag noch frei. 24386

# H. Scheip's Bierlokal,

Markflusstr. 11, nahe d. Blumenstr. Weiß- und Bairisch-Bierlokal. Besondere Lokal aller Sachen. Gemüthliches Zusammensein des Sonnabends und Sonntags. 43018

# Deutscher Porter.

Deffert u. Matzke, Berlin, Rangstr. 1736, besond. 7. Untarme, Brucke. Reichslichte, Wöcherinnen, Helowalesent. u. das leicht bekömmlichste, nahrhafte, kräftige Bier. In blutbild. u. desh. brst. Gesichtsfarbe u. Gewichtszunahme über. 14 Flaschen drei, 50 je ein Liter. In Gebinden 1/2, 1/3, 1/4 zum Selbstabzug. wesentl. billiger. Allein-Verandlungsstelle. Berlin u. Provinz: Portersellerei Ringler, Berlin, Brunnenstr. 152. Nicht die Flaschenanzahl, die Qualität entscheidet!

# Unjalljachen, Klagen, Eingaben.

Ringler, Steglitzerstr. 65

# Portieren

2 bis 8 St. a 2,50, 3, 4, 6 bis 15 Mark. Probe-Chals bei näherer Angabe franco zu Diensten. Pracht-Katalog mit Portieren-Abbildungen gr. u. fr. Teppich-Fabrik Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

Wegen Todesfall verl. mein Wehl- und Vorloftgeschäft. verb. mit Holz u. Kohlen, Hund u. Wagen. Gute Fahrtschwart. Mieth 150 Thlr. In demselben Hause über 12 Jahre. 24486 Bw. Mungel, Hallestr. 6.

# Arbeitsmarkt.

Maschinen-Mechaniker auf Wheeler-Wilson-Maschine bei gutem Lohn gesucht. Hahn u. Ko., Blumenstraße 70, Aufg. 3. 24396

1 Zimmere, Verfüherer u. Farbiger.macher v. G. Barthels, Gr. Frankfurterstr. 84. 24496

# Heizungs-Monteur gesucht!

Erster zuverlässiger Heizmonteur für sofort, bezgl. ein zweiter Monteur. Zu melden Oranienburgerstr. 4, 1 Et. Farbigenmacher u. Barock-Vergolder auf Goldbleichen verl. Kottbusser Weg 32.

Schlosser oder Mechaniker, geübt auf Nähmaschinen, verlangt H. Herrmann u. Co., Andrastr. 82. Farbigenmacher verl. Kottbusserdamm 100. Gärtler-Bebrling Ludwig Braun u. Woffel Nachf. Mathienstr. 17. [24396] Stepperin a. Tricotanzüge verlangt Sidphasius, Pallisadenstr. 5, S. 1 Tr. Lehrmädchen auf Herrentragen verl. Stecker, Bornsdorferstr. 2, Hof 4 Tr.

# Buttnerstraße 26

gesum. z. kleine Wohnungen per sofort, auch zum 1. April 1896 bis, zu verm.